



Bericht der Bundesgeschäftsstelle

**Anlage zum Bericht
des Generalsekretärs
28. Bundesparteitag
19.-20. Mai 1980 · Berlin**

CDU
 **sicher
sozial
und frei**



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	3
Teil 1	
<u>Die Europawahl</u>	5
Teil 2	
<u>Vorbereitung der Bundestagswahl</u>	49
A Politische Kampagne	50
B Werbekampagne	81
Teil 3	
<u>Anhang</u>	97
-Bundesausschuß	98
-Bundesvorstand	99
-Präsidium	104
-Kontaktgespräche des Präsidiums	107
-Landesgeschäftsführerkonferenzen	108
-Arbeit der Bundesfachausschüsse	110
-Wahlreisen und Veranstaltungen des Bundesvorsitzenden Dr. Kohl	125
-Rednereinsatz im Rahmen von Wahlkämpfen	125
-Bundesparteigericht	126
-Besucherbetreuung und Protokoll	127
-Mitgliederstand seit 1970	128

Der Berichtszeitraum des vorliegenden Geschäftsberichtes des Konrad-Adenauer-Hauses ist geprägt durch zwei herausragende politische Ereignisse

- die Europawahlen 1979
- die Vorbereitung der Bundestagswahl 1980

Der Geschäftsbericht der Bundesgeschäftsstelle gibt eine Übersicht über die sachpolitische Arbeit und die Dienstleistungen des Konrad-Adenauer-Hauses zu diesen beiden Arbeitsschwerpunkten.

Die politische und organisatorische Leistungsfähigkeit der Bundesgeschäftsstelle wird dokumentiert durch das hervorragende Ergebnis der CDU bei den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament.

Durch eine Reihe von Fachkongressen hat die Bundesgeschäftsstelle die sachpolitische Arbeit weiterentwickelt und damit den Sachkompetenzvorsprung gegenüber SPD und FDP ausgebaut.

Die Vorbereitung der politischen, organisatorischen und werblichen Maßnahmen des Bundestagswahlkampfes 1980 sind in wichtigen Teilen abgeschlossen. Der Vorwahlkampf wurde durch eine Vielzahl von Aktionen erfolgreich gestartet. Sowohl die politische als auch die werbliche Kampagne des Wahlkampfes werden in diesem Bericht erläutert.

Unseren Mitarbeitern im Konrad-Adenauer-Haus - stellvertretend für die vielen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Partei - danken wir für ihren großen Einsatz bei der Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben. Ebenfalls gilt unser Dank den Mitgliedern und Verantwortlichen auf allen Ebenen der Partei für ihre gute Zusammenarbeit mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Auf der Grundlage einer gestärkten Organisation und den Erfahrungen des Europawahlkampfes ist die CDU-Bundesgeschäftsstelle für den Bundestagswahlkampf gerüstet. Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wahlkampf sind geschaffen. Wir gehen mit Zuversicht in die kommenden Monate.

Heiner Geißler

Heiner Geißler
Generalsekretär

Ulf Fink

Ulf Fink
Bundesgeschäftsführer

Die Europawahl

- Analyse des Wahlergebnisses
- Konzeption des Europawahlkampfes
- Organisation des Europawahlkampfes
- Innerparteiliche Information
- Mobilisierungsaktion
- Öffentliche Einstimmungsaktion
- Kandidatenservice
- Service für die Kreisverbände
- Sondermaßnahmen der Pressestelle
- Werbemittel des Hauptwahlkampfes
- Zentrale Maßnahmen der Bundespartei

Analyse des Wahlergebnisses

Das Ergebnis in der Bundesrepublik

42,7 Millionen Bundesbürger waren aufgerufen, am 10. Juni 1979 mit ihrer Stimmabgabe über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments zu entscheiden. 28,1 Millionen folgten dem Aufruf. Damit sind rund zwei Drittel der Bürger (65,9 %) zur Wahlurne gegangen, deutlich mehr als im Durchschnitt der EG. Das ist ein klares Ja zum Europäischen Parlament. Aber auch viele von denen, die nicht zur Wahl gegangen sind, bejahen den ersten Schritt auf dem Wege zum vereinigten Europa.

Überzeugender Wahlsieg der Union

Mit 49,2 % der gültigen Stimmen hat die Union (CDU 39,1 %, CSU 10,1 %) bei der ersten europäischen Direktwahl einen deutlichen Sieg errungen. Mit 42 der 81 deutschen Europamandate erzielte sie sogar die absolute Mehrheit der Mandate.

Diese 49,2 % übertreffen sogar noch das bisher zweitbeste Bundestags-Wahlergebnis der Union von 48,6 % aus dem Jahre 1976.

Die SPD mußte mit 40,8 % der Stimmen einen Verlust von 1,8 Prozentpunkten gegenüber der Bundestagswahl 1976 hinnehmen. Sie erzielte mit ihrem Ergebnis 35 Mandate (einschl. Berlin) im Europäischen Parlament.

Verluste gab es auch bei der FDP: Mit 6,0 % konnte sie ihr Ergebnis von 1976 (7,9 %) nicht halten. 4 Abgeordnete stellt sie im Europäischen Parlament.

Daß dieses Ergebnis der Europa-Wahl die politische Stimmung im Lande widerspiegelt und keineswegs ein "positiver Ausrutscher" der Union war, belegt eine Analyse des Infas-Instituts (Bad Godesberg):

Zählt man nämlich die sechs Landtagswahlen der Jahre 1978 und 1979 zusammen und rechnet die Veränderungsdaten auf das Bundesgebiet hoch, dann ergibt sich ein fiktives Resultat von:

CDU/CSU 49,6 %
 SPD 40,8 %
 FDP 6,0 %

Vergleicht man mit der Europa-Wahl

CDU/CSU 49,2 %
 SPD 40,8 %
 FDP 6,0 %

so ist eine verblüffende Übereinstimmung festzustellen.

DAS WAHLERGEBNIS DER EUROPAAWAHL IM VERGLEICH ZUR BUNDESTAGSWAHL 1976						
	EW 1979 ¹⁾			BTW 1976 ²⁾		Emnid-Umfrage Mai 1979 %
	abs.	%	Sitze	abs.	%	
Wahlberechtigte	42.700.919	-	Mit	42.058.015	-	-
Wähler	28.119.532	65,9	Ber-	38.165.753	90,7	-
Gültige Stimmen	27.863.757	-	lin	37.822.500	-	-
CDU	10.890.955	39,1	34	14.367.302	38,0	} 49
CSU	2.816.758	10,1	8	4.027.499	10,6	
SPD	11.377.818	40,8	35	16.099.019	42,6	} 42
FDP	1.663.506	6,0	4	2.995.085	7,9	8
Sonstige	1.114.720	4,0	-	333.595	0,9	1

1) vorläufiges amtliches Endergebnis
 2) Zweitstimmen
 Quelle: Statistisches Bundesamt

Wahlkampfführung war erfolgreich

Der große Erfolg der Union bei der Europawahl war von vornherein nicht zu erwarten gewesen. Zwar signalisierten die vorliegenden Umfragen aus diesem Jahr die Möglichkeit eines CDU/CSU-Ergebnisses von 48 - 49 % (Emnid), doch war allen Beobachtern klar, daß der tatsächliche Wahlausgang maßgeblich davon bestimmt sein würde, wie es gelingen würde, die aus den Umfragen sich abzeichnende nachlassende Wahlbeteiligung¹⁾ aufzufangen. Vor allem die Union schien hier gefährdet, da gerade ihre Anhänger anfänglich zu stärkerer Wahlenthaltung neigten als etwa die Anhänger der SPD. So wollten noch im Februar 19 % der CDU/CSU-Anhänger wahrscheinlich oder bestimmt nicht wählen, bei den Koalitionsanhängern waren es dagegen nur 15 %. Mobilisierung war somit die zentrale Aufgabe für die Wahlkampfführung. Sie ist letztendlich der Union - trotz der schwierigen Ausgangslage - mit größerem Erfolg gelungen als dem politischen Gegner.

Die Umfragen im Mai zeigten keinen Unterschied mehr hinsichtlich der Wahlenthaltung. Dazu hat die Konzentration des Wahlkampfes der CDU auf den Monat Mai wesentlich beigetragen.

Ein Problem bei der Mobilisierung der Wählerschaft war für die Union das unterschiedliche Interesse der Altersgruppen an Europa:

Im Februar 1979 bekundeten zwar 70 % der jüngeren Leute, aber nur 52 % der Wähler über 65 Jahre ihr Interesse an Europa. Diese Unterschiede schlugen in gewissem Umfang auf die Wahlbereitschaft durch, denn diese hängt stark vom Interesse an der Wahl ab.

Ziel der CDU mußte also sein, bei den älteren Bürgern das Interesse für die Europawahl zu wecken und so zur Stimmenabgabe zu bewegen. Daß dies gelungen ist, zeigen weitere Umfragen vom März und Mai 1979: Das Interesse der älteren Bürger an Europa stieg von 52 % (Februar) auf 56 % (März) und dann im Mai noch einmal auf 66 %.

Damit verringerte sich die Distanz zwischen jungen und alten Wählern, die anfangs noch 18 Punkte betrug, auf die Hälfte, nämlich 9 Prozentpunkte.

1) Forschungsgruppe Wahlen: Wahlbeteiligung Febr. 71 %, Ende April 65 %

Außerdem zeigte sich im Verlauf des Wahlkampfes, daß gerade jene Bereiche an Wichtigkeit zunahmen, die von der CDU im Wahlkampf thematisiert worden waren (z.B. Verhindern des Sozialismus, Stoppen des Vordringens des Kommunismus in Europa, Stärkung der persönlichen Freiheit, Kampf gegen Bürokratie ¹⁾). In fast allen Bereichen konnte die CDU zudem ihre Lösungskompetenz weiter ausbauen ²⁾.

Auch das Thema "Volksfront" dürfte im Wahlkampf wirksam gewesen sein: Immerhin fast die Hälfte der Deutschen (47 %) hält ein Volksfrontbündnis für möglich, bei den Anhängern der C-Parteien sind es sogar 63 %. Für gefährlich halten 77 % der Bundesbürger (91 % der Unionsanhänger) ein solches Bündnis.

Ein weiteres Thema im Wahlkampf war das Verhalten einiger Gewerkschaftsführer. Hier konnte die CDU Pluspunkte sammeln. Denn: Der Bekanntheitsgrad der Kandidaturen von Gewerkschaftsführern auf der SPD-Liste hat im Wahlkampf zugenommen: Im Februar hatten 47 % davon gehört, im März bereits 55 %. Männer und Gewerkschaftsmitglieder waren besonders gut informiert. Die Bewertung dieses Vorgangs ist eindeutig: 61 % aller wahlberechtigten Deutschen fanden es nicht gut, daß Loderer und Vetter im Europa-Wahlkampf die SPD unterstützten.

Nur jeder dritte Bundesbürger äußerte sich zustimmend. Die allgemein ablehnende Haltung zeigte sich in fast allen Gruppen unserer Gesellschaft: bei Männern, Frauen, Jungen und Alten.

1) Wichtigkeit

-persönliche Freiheit Okt. 78 / März 79	+ 2
-Sozialismus	+ 4
-Kommunismus	+ 5

2) Lösungskompetenz

-persönliche Freiheit Okt. 78 / März 79	+ 1
-Sozialismus	+ 3
-Kommunismus	+ 4

Selbst bei den SPD-Anhängern äußerten sich 39 % negativ und bei den Gewerkschaftsmitgliedern waren es immerhin 44 %. Jungwähler (54 %), FDP-Anhänger (53 %), politisch Interessierte (59 %) und Arbeiter (57 %) sahen es mehrheitlich nicht gerne, daß Vetter und Loderer im Wahlkampf mit der SPD zusammengingen.

Nach den Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung ist es der CDU im Verlauf des Wahlkampfes gelungen, im Bereich der unentschlossenen Wähler besonders zu mobilisieren. Die Analyse macht deutlich, daß Wähler mit einer differenzierten Einstellung zu Europa - besonders in wirtschaftspolitischen Fragen - häufiger zur Wahl gegangen sind als andere. In diesem Wählerbereich konnte die CDU/CSU besonders gut abschneiden.

Dies belegt auch die letzte Emnid-Umfrage vom Mai, wonach die CDU/CSU im Bereich der Wirtschaftspolitik in der Kompetenzzuweisung mit 11 Punkten vor der SPD führt.

Daß die CDU alles in allem in ihrem Wahlkampf die richtigen Themen aufgegriffen hat, zeigen auch die Ergebnisse der repräsentativen Slogan-Tests. Die Bundesbürger vergaben die Noten "sehr gut", "gut" oder "mittel":

- 84 % für den Slogan "Partnerschaft ja - Klassenkampf nein"
- 84 % für "Bürgerfreiheit ja - Bürokratisierung nein"
- 80 % für "Politik für die Freiheit - Glück für die Menschen"
- 73 % für "Sicherheit ja- Neutralisierung nein"
- 70 % für "Deutsche wählt das freie und soziale Europa,
gegen das sozialistische Europa"

In einer Nachwahluntersuchung des Emnid-Institutes ergab sich auf die Frage

"Sagen Sie mir bitte, wer Ihrer Ansicht nach die besseren Werbemaßnahmen hat - die CDU/CSU oder die SPD?"

das folgende Ergebnis, das die Überlegenheit der Werbemaßnahmen der CDU dokumentiert:

	Keine Angabe	Besser von CDU/CSU	Besser von SPD	Differenz
Fernsehspots	17	48	34	+ 14
Plakate	28	41	31	+ 10
Anzeigen	32	37	31	+ 6
Wahlveranstaltungen	43	33	24	+ 9
Flugblätter, Broschüren	46	27	27	0
Werbesendungen im Radio	43	30	27	+ 3
Straßendiskussionen, Info-Stände	49	24	27	- 3
Wahlzeitungen, Illustrierte	48	29	23	+ 6
Kundgebungen, Groß- veranstaltungen	50	28	22	+ 6
Plaketten, Aufkleber	52	25	23	+ 2

SPD schiebt Schuld der Wahlniederlage auf die Wähler

In der Endphase vor dem 10. Juni personalisierte die SPD in ihren Werbespots immer stärker den Wahlkampf durch Helmut Schmidt, in der Hoffnung, aus dem "Amtsbonus" Kapital zu schlagen.

Und doch erlitt die SPD bei der Europawahl eine empfindliche Niederlage. Bei einem Verlust von 1,8 Prozentpunkten gegenüber 1976 konnte sie nur 40,8 % der gültigen Stimmen erringen.

Ein ähnlich schlechtes Ergebnis bei nationalen Wahlen hat die SPD letztmals vor 14 Jahren (BüW 1965) hinnehmen müssen.

Die SPD schiebt die Schuld dem Wähler zu, "der in zu geringer Zahl an die Wahlurnen gegangen sei." Der Nicht-Wähler zum Sündenbock gestempelt.

Auch Heinz Oskar Vetter, DGB-Vorsitzender und SPD-Spitzenkandidat, hat sich enttäuscht über den Wahlausgang mit den Worten geäußert: "Es sei nicht gelungen, das Wählerpotential der Arbeitnehmerschaft in dem Maße zu mobilisieren, wie bei nationalen Wahlen." Auch hier eine Scheinbegründung für die Wahlniederlage der SPD. Umfrageergebnisse kurz vor der Wahl geben jedenfalls keinerlei Hinweise dafür, daß sich Arbeitnehmer in besonderem Maße der Wahl enthalten haben. Die Wahlbereitschaft der Arbeitnehmer entspricht vielmehr dem Bevölkerungsdurchschnitt. Ebenso wenig ist bei dem formal weniger gebildeten Bürgern vor der Wahl außergewöhnliche Demobilisierung feststellbar.

Konzeption des Europawahlkampfes

Die Hauptaufgabe der Wahlkampf­führung im Europawahlkampf war die Mobilisierung der eigenen Mitglieder, Anhänger und Wähler von 1976 zu einer Richtungsentscheidung für das freie und gegen ein sozialistisches Europa.

Das Wahlziel

Die CDU muß so stark werden, daß sie zusammen mit ihren Partnerparteien in den EG-Ländern eine Mehrheit der politischen Mitte im Europäischen Parlament bilden kann und damit eine sozialistische Mehrheit verhindert. Das Wahlergebnis muß den steigenden Trend der CDU als Mehrheitspartei in der Bundesrepublik unterstreichen und damit den notwendigen Regierungswechsel in der Bundesrepublik Deutschland in Wählerstimmen dokumentieren.

Der Slogan

Der Vorwahlkampf stand unter dem Motto:

Politik für die Freiheit -
Glück für die Menschen -
CDU für Europa

Der Slogan für den Hauptwahlkampf spitzte die Aussage der CDU zu in der Aufforderung:

Deutsche wählt das freie und soziale Europa
gegen ein sozialistisches Europa
CDU für Europa

Die Position der CDU :

1. Die große deutsche Volkspartei CDU ist die Europapartei in Deutschland (von Adenauer bis heute - immer war die CDU für Europa).

2. Die CDU kämpft für die Mehrheit der freiheitlichen Kräfte im Europäischen Parlament gegen das sich abzeichnende Bündnis von Sozialisten und Kommunisten.
3. Die CDU ist der Garant für ein sicheres, soziales und freies Europa im westlichen Bündnis und steht zur freiheitlichen Ordnung in Westeuropa.

Die Themen des Wahlkampfes

Zum ersten Mal wurde bei diesem Wahlkampf eine Methode erprobt, die sicherstellte, daß

- im Rahmen des Wahlkampfeslogans drei Hauptthemen den Schwerpunkt der Argumentation bildeten und
- die Inhalte dieser Themen eindeutig durch das höchste Gremium der Bundespartei, dem Bundesparteitag festgelegt waren.

Am 29. Januar machte der Generalsekretär dem Bundesvorstand den Vorschlag, folgende Themen im Europawahlkampf herauszustellen:

Partnerschaft ja - Klassenkampf nein
Bürgerfreiheit ja - Bürokratisierung nein
Sicherheit ja - Neutralisierung nein.

Der Bundesvorstand setzte drei Kommissionen ein, die Anträge zu diesen Themenbereichen für den Bundesparteitag in Kiel erarbeiteten. Diese Anträge wurden vom Bundesvorstand am 12. Februar verabschiedet. Ebenso verabschiedete der Bundesvorstand einen vom Generalsekretär vorgelegten Wahlaufdruck, in dem die drei Themen noch einmal zusammengefaßt wurden.

Der Bundesparteitag in Kiel behandelte am 26. und 27. März die vier vom Bundesvorstand eingebrachten Anträge sowie die dazu eingegangenen Änderungsanträge. Die Beratung jedes Antrages wurde eingeleitet durch ein Referat des Kommissionsvorsitzenden. Ihm folgte eine breite Diskussion der Parteitage delegierten zusammen mit den Gästen aus den übrigen Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei. Die Diskussion schloß jeweils mit der Beschlußfassung.

Personalisierung des Wahlkampfes

1. Bundesebene

- a) Der Parteivorsitzende
- b) Die "Europamannschaft" aus national und regional ausgewiesenen Europapolitikern (ausgewählte Spitzenkandidaten und Europapolitiker)

2. Landesebene

Herausstellung der "Regionalmannschaft"

3. Die europäische Ebene

Hinzu traten die führenden Politiker der europäischen Partnerparteien, Tindemans, Van Agt, Andreotti, Fitzgerald, Thatcher, Lecanuet.

Der Gegner

In der nationalen Kampagne war die SPD der Hauptgegner, in der internationalen Kampagne Sozialisten und Kommunisten.

Die internationale Zusammenarbeit

Die nationale Kampagne wurde von einer internationalen Kampagne begleitet. Ihr Ziel war es, dem Wähler deutlich zu machen, daß die CDU überall in Europa Verbündete hat. Hierzu gehörten die Auftritte der CDU-Spitzenpolitiker mit den befreundeten Politikern aus anderen Parteien Europas, gemeinsame Tagungen und Kongresse, insbesondere in der Vorwahlkampfphase. Hierzu gehörte das einstimmig im März 1978 von der EVP verabschiedete politische Programm der Europäischen Volkspartei und die gemeinsamen Werbemittel der Europäischen Volkspartei.

Organisation des Europawahlkampfes

Zeitlicher Ablauf

Bereits während des Bundestagswahlkampfes auf dem Europatag des Bundesparteitages in Hannover im Mai 1976 wurde das Thema "Europa" von der CDU im Hinblick auf die zu erwartenden Direktwahlen des Europäischen Parlaments verstärkt aufgenommen. Während der Jahre 1977 und 1978 wurden immer wieder wichtige Parteianlässe genutzt, um gemeinsam mit europäischen christlichen Demokraten in der Öffentlichkeit unsere europapolitischen Aktivitäten darzustellen. In allen wichtigen Werbemitteln wurde das Thema "Europa" verstärkt herausgestellt.

1. Einstimmungsphase Oktober 1978 - März 1979

Auftakt des Europawahlkampfes war der 26. Bundesparteitag im Oktober 1978 in Ludwigshafen. In einem Aktionsblatt wurden der Partei die Werbemittel der Einstimmungsphase vorgestellt. Ziel dieser ersten Wahlkampfphase war vor allem die Mobilisierung der eigenen Mitglieder und Anhänger und ihre Motivation für ein kontinuierliches politisches Engagement in der Öffentlichkeit. Anfang des Jahres 1979 wurden insbesondere die hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei in regionalen Mitarbeiterkonferenzen und mit einem ausführlichen Maßnahmenkatalog über die Organisation des Wahlkampfes und die geplanten Maßnahmen informiert. Zur Einstimmungsphase gehörte auch eine PR-Aktion für wichtige Multiplikatoren.

2. Hauptwahlkampf April 1979 - 10. Juni 1979

Mit dem 27. Bundesparteitag Ende März in Kiel begann der Hauptwahlkampf. Auf dem Parteitag und in einem allen Verbänden zugeschickten Aktionskatalog wurden der Partei die Werbemittel des Hauptwahlkampfes vorgestellt.

Die eigentliche heiße Phase des Wahlkampfes mit zentraler Plakatierung, zentralen Anzeigen, Rundfunk- und Hörfunkspots, Zeitungsbeilage, Hausverteilung in Großstädten, der Verteilung einer haushaltsdeckenden Wahlkampfzeitung, fünf zentralen Europafesten etc. begann nach der Osterpause und war relativ kurz und intensiv.

Europawahlkampfkommission

Unter Vorsitz von Generalsekretär Dr. Geißler wurde, beginnend mit dem Bundesparteitag in Kiel, eine Europawahlkampfkommission eingerichtet. Ihr gehörten die Spitzenkandidaten der Landesverbände an. Die Kommission ist bis zum Wahltag mehrfach etwa in zweiwöchigen Abständen zusammengetreten, hat den jeweiligen Stand des Wahlkampfes beurteilt und Hinweise dafür erarbeitet, wo die CDU in ihrer Wahlkampfführung zusätzliche Akzente setzen oder ihre Argumentation schärfen müßte. Diese Hinweise wurden von der Bundesgeschäftsstelle, insbesondere auch in ihren Wahlkampfmaterialien, umgesetzt. Die Einrichtung der Europawahlkampfkommission hat erlaubt, auf alle Entwicklungen im Wahlkampf flexibel und schnell zu reagieren.

Organisation des Versandwesens

Der Versand aller Informations- und Werbemittel des Europawahlkampfes, mit Ausnahme der Kandidatenprospekte, der Wahlkampfzeitung und der Werbemittel der Zielgruppenkampagnen, erfolgte über das IS-Versandzentrum. Sowohl das Aktionsblatt für die Einstimmungsphase als auch der Aktionskatalog des Hauptwahlkampfes hatten ein Bestellformular und ausführliche Erläuterungen des Versandverfahrens.

Besteller war die Bundesgeschäftsstelle für das den Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden auf Kosten der Bundespartei zur Verfügung gestellte Material. Die Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der CDU sowie Stadt- und Gemeindeverbände und Privatpersonen hatten die Möglichkeit, das von ihnen benötigte Material gegen Berechnung zu bestellen.

Zusammenarbeit mit Werbeagenturen

Mit fünf namhaften Werbeagenturen hat die CDU den Wahlkampf für die ersten europäischen Direktwahlen am 10. Juni vorbereitet. Nach bewährtem Modell wurde der Europawahlkampf von der CDU-Bundesgeschäftsstelle in eigener Regie geführt. Damit lag sowohl die politische Federführung als auch die werbliche und organisatorische Koordination aller Wahlkampfmaßnahmen bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Die fünf Agenturen wurden mit festen Aufgabenstellungen zur Erarbeitung verschiedener Kampagnen betraut und bewarben sich darüber hinaus für einige Aufgaben des Hauptwahlkampfes in Konkurrenzpräsentationen. Die Auswahl erfolgte insbesondere nach dem Gesichtspunkt, daß sie bereits in vorangegangenen Bundes- oder Landtagswahlkämpfen Erfahrungen in der politischen Werbung gesammelt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der CDU begründet haben. Folgende Agenturen waren für die einzelnen Teile der gesamten Kampagne verantwortlich:

von Mannstein Werbeagentur GmbH und Co. KG, Solingen	Konzeption und Entwicklung der Werbelinie, Mitgliedermobilisierung, Anzeigen in Tageszeitungen, Zeitungsbeilage, Wahlkampfzeitung
Admenting Werbeagentur, Frankfurt / Main	Zielgruppenkampagnen
Dr. Hegemann ABH International GmbH Düsseldorf	Mediaplanung und Streuung
Slesina Bates Werbegesellschaft mbH, Frankfurt / Main	Öffentliche Einstimmungsaktion, Wahlkampfillustrierte
Industriewerbung Dr. Wilkens wpt, Ullstein AV, Hamburg	Anzeigen in Illustrierten und Magazinen Fernseh- und Hörfunkspots

Verbesserung der Parteiorganisation

Der im Bundestagswahlkampf 1976 begonnene Aufbau von Dienstleistungszentren zur Verbesserung der Parteiorganisation wurde auch im Europawahlkampf 1979 durch die Bundesgeschäftsstelle fortgesetzt.

In Zusammenarbeit mit den Landesverbänden wurden bestehende Dienstleistungszentren verbessert und in Niedersachsen (Uelzen und Göttingen) und Baden-Württemberg (Stuttgart) die Grundlagen für neue Dienstleistungszentren gelegt.

Als eine wesentliche technische Hilfe haben sich im Rahmen des Europawahlkampfes die in verschiedenen Landesgeschäftsstellen installierten Telefonkopierer erwiesen. Zahlreiche Korrespondenz- und Informationsvorgänge konnten zeitsparend und zügig über diese Nachrichtenvermittlung abgewickelt werden.

Internationale Kontakte

Kontakte innerhalb der EVP und EUCD

Ein Jahr vor dem Wahltermin richtete die Bundesgeschäftsstelle das Büro für die Europawahl ein. Seine Aufgabe bestand im wesentlichen darin, während des Wahlkampfes engen Kontakt mit befreundeten Parteien innerhalb der Europäischen Volkspartei und der EUCD zu halten. Darüber hinaus stand es dem Parteivorsitzenden für Aufgaben zur Verfügung, die diesem im Zusammenhang mit der Europawahl zufielen.

Rechtsfragen

Im Zusammenhang mit der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979 waren zahlreiche Auskünfte aufgrund des neuen Europawahlgesetzes und der Europawahlordnung zu erteilen; das neuartige alternative Wahlsystem führte zu mehreren praktisch bedeutsamen Unterschieden gegenüber dem Bundestagswahlrecht und führte auch Änderungen in der Tätigkeit des Bundeswahlausschusses herbei, dem der Justitiar wiederum angehörte.

Innerparteiliche Informationen während des Europawahlkampfes

Die Bundesgeschäftsstelle hat die innerparteiliche Information mit Beginn des Jahres 1979 wesentlich verstärkt. Hierzu wurden folgende bestehende Informationsdienste genutzt bzw. neu geschaffen:

1. Union in Deutschland

Mehr als in jedem anderen deutschen Wahlkampf war bei der Wahl zum Europäischen Parlament ein Informationsproblem zu lösen, das sowohl die Gesamtbevölkerung wie auch die Parteibasis betraf. Ziele und Arbeitsweise der Europäischen Institutionen, Aufgabenstellung des künftigen Europäischen Parlaments, ja, die Grundlagen der gesamten Europapolitik der CDU konnten - trotz gewisser Bemühungen der europäischen Institutionen, der Europa Union etc., der Medien und in geringem Umfang, der Bundesregierung - nicht in handlicher Aufbereitung nachgeschlagen werden. Unter diesen Umständen hat die Bundesgeschäftsstelle eine ganz wesentliche Aufgabe in der Vermittlung objektiver Informationen über Europa sehen müssen.

Diese geduldige Wissensermittlung hat vor allem in den 22 Europabeilagen zum UiD stattgefunden. Der europapolitische Wissensbereich wurde dabei in beispielhafter Form anschaulich und handlich zusammengefaßt.

Mit Beginn der heißen Wahlkampfphase, Anfang Mai, konzentrierte sich auch der weiße Teil des UiD auf den Europawahlkampf und brachte u.a. in jeder Ausgabe Argumentationsmaterial unter folgenden Rubriken:

Informationen für den Wahlkampf

Den Wählern sagen

Wahlkampftelefon

Wähler fragen - hier ist die richtige Antwort

2. Wahlkampfdienst

Auch für den Europawahlkampf wurde - wie für Bundestags- und Landtagswahlen - ein zusätzlicher Wahlkampfdienst erstellt. Zwischen dem 11. April und dem 7. Juni erschienen zu Beginn einmal, in der heißen Wahlkampfphase zwei bis dreimal wöchentlich 16 Ausgaben dieses Dienstes in einer Auflage von 7.000. Die Anschriften wurden nach einem entsprechenden Schlüssel für die Landesverbände von den Kreisverbänden an die Bundespartei gegeben. Der Dienst erreichte per Briefdrucksache die Bezieher innerhalb von 24 Stunden.

3. Presseschau Europa

Zusätzlich zu den Standard-Presseschauen wurde wöchentlich einmal für die gleichen Bezieher eine Presseschau Europa herausgegeben, in der jenes Pressematerial aus der Bundesrepublik Deutschland und den EG-Ländern zusammengefaßt wurden, das nicht in den Standard-Presseschauen mehr untergebracht werden konnte. Von dieser Presseschau sind ab 17. Januar 1979 21 Ausgaben erschienen.

In der heißen Wahlkampfphase wurde auch verstärkt das Pressematerial aus der Bundesrepublik Deutschland in die Standard-Presseschauen eingespiegelt.

4. Betreuung der Europakandidaten

Die Spitzenkandidaten der Landeslisten für die Europawahl, die nicht schon als MdBs zum Bezieherkreis der Standard-Presseschauen gehören, wurden ab 1. März 1979 vollständig in das Informationssystem der Bundespartei einbezogen (Presseschauen, Interne Informationen, UiD).

Mobilisierungsaktion

Die Mobilisierung der Mitglieder wurde von vornherein als eine langfristige, den ganzen Wahlkampf begleitende Kampagne angelegt.

Um alle Mitglieder zu erreichen und anzusprechen, mußte aus finanziellen Gründen auf die vorhandenen innerparteilichen Informationswege zurückgegriffen werden. Es boten sich vor allem das "Deutsche Monatsblatt", das alle Mitglieder erreicht, und der UiD, der alle Mandatsträger und Funktionäre erreicht sowie der Wahlkampfinformationsdienst an.

Vorlaufphase

Bereits weit vor dem 26. Bundesparteitag der CDU in Ludwigshafen, auf dem die ersten Materialien für den Europawahlkampf vorgestellt wurden, hat die CDU mit der Einstimmung auf die ersten europäischen Direktwahlen begonnen.

Wichtige Parteianlässe, wie die Bundesausschußsitzung der CDU im Juni 1977 und der Kongreß der EVP im März 1978 in Brüssel, wurden zum Anlaß genommen, gemeinsam mit europäischen christlichen Demokraten in der Öffentlichkeit unsere europapolitischen Aktivitäten darzustellen.

Gemeinsam mit der CDU-Frauenvereinigung wurde Ende 1977 eine Aktion "Frauen für Europa" mit einem Faltprospekt und einem Aufkleber gestartet.

Darüber hinaus hat die Bundespartei den Verbänden für ihre europapolitischen Aktivitäten eine Reihe von Materialien angeboten:

- Broschüre "Wir wollen Europa"
(auch in englischer und französischer Übersetzung erstellt)
- das "Politische Programm der Europäischen Volkspartei"
- Wandzeitung "Wir wollen Europa"
- Wandzeitung "Europa auf dem richtigen Kurs"
- Reproduktionsfähige Vorlagen des Signets der EVP mit Beispielen für die Verwendungsmöglichkeiten

In den Massenverteilungsmitteln, wie der Illustrierten "CDU - Die große deutsche Volkspartei" und der Aktionszeitung "Extra aktuell" sowie im Film "CDU - Die große deutsche Volkspartei" wurde das Thema Europa herausgestellt.

Aktion "CDU - für Europa"

Auftakt der Mobilisierungsaktion war der 26. Bundesparteitag im Oktober 1978 in Ludwigshafen. Dort wurden auch die ersten Materialien für den Europawahlkampf vorgestellt. Die Aktion stand unter dem Motto:

Politik für die Freiheit -
Glück für die Menschen -
CDU für Europa

und lief bis zum März 1979. Sie hatte zwei Hauptziele:

Einstimmung der Mitglieder auf den bevorstehenden Europawahlkampf und die Mobilisierung ihres Einsatzes für die CDU in diesem Wahlkampf.

700.000 Autoaufkleber an alle Mitglieder

Im Deutschen Monatsblatt (Ausgabe November 1978) sind alle Mitglieder der CDU über die Bedeutung der Europawahl und die bisher herausgegebenen Informations- und Werbemittel für den Wahlkampf informiert worden. Dem Monatsblatt lag ein Autoaufkleber "CDU für Europa" bei.

Slogan-Wettbewerb

In der gleichen Monatsblatt-Ausgabe wurden alle Parteimitglieder aufgerufen, sich an einem Wettbewerb zu beteiligen, bei dem der Slogan für den Hauptwahlkampf gefunden werden sollte. Dieser Aufruf wurde in der Dezember-Ausgabe des Deutschen Monatsblattes wiederholt. Über 4.800 Slogan-Vorschläge sind daraufhin bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangen.

Aktionsblatt "Flagge zeigen - für Europa werben"

Dieses Aktionsblatt, das alle Werbemittel und Aktionsvorschläge enthielt, wurde allen Gliederungen der CDU, auch den Vorsitzenden der Stadt-, Stadtbezirks- und Gemeindeverbänden, zugesandt. Sowohl das Aktionsblatt als auch der Sonderteil des Deutschen Monatsblattes enthielten ein Bestellformular, mit dem jedes CDU-Mitglied die Materialien bestellen konnte, die für die eigene Argumentation, aber auch zur Verteilung geeignet waren.

Aktionshandbuch zur Europawahl

Tips und Anregungen zur Durchführung von Aktionen im Rahmen des Vorwahlkampfes enthielt das Aktionshandbuch zur Europawahl. Es wurde an die Landes-, Bezirks- und Kreisverbände verteilt.

Rednerhandbuch

Als Informations- und Argumentationshilfe für den Europa-Wahlkampf hat die Bundesgeschäftsstelle ein detailliertes Rednerhandbuch vorgelegt. Dieses Handbuch wurde unter Mitarbeit von Experten aus allen relevanten Bereichen erarbeitet. Inhaltlich werden alle bezüglich Europa wichtigen Themen abgehandelt: von den Zielsetzungen innerhalb der einzelnen Politikbereiche über die Geschichte der EG bis hin zum Europawahlprogramm der SPD.

Dies waren die Materialien der ersten Phase vom Parteitag in Ludwigshafen bis zum Parteitag in Kiel:

	<u>Versandmenge</u>
Aktionshandbuch zur Europawahl	33.940 Exemplare
Rednerhandbuch für den Europawahlkampf	19.630 Exemplare
Politisches Programm der Europäischen Volkspartei	86.050 Exemplare
Illustrierte der Europäischen Volkspartei	479.850 Exemplare
Rede Kai-Uwe von Hassel:	
Europa vor den ersten Direktwahlen	25.000 Exemplare
Wandzeitung "Politik für die Freiheit- Glück für die Menschen - CDU für Europa"	1.625 Exemplare

Aufkleber "CDU für Europa"	118.050 Exemplare
Aufkleber "CDU für Europa" mit Schmetterling	120.050 Exemplare
Europa-Poster	118.800 Exemplare
CDU-Windjacken	1.627 Exemplare
CDU-Halstuch	2.188 Exemplare
Eiskratzer	49.450 Exemplare

Maßnahmenkatalog

Auf den Regionalkonferenzen mit hauptamtlichen Mitarbeitern wurden die Maßnahmen und Vorschläge der Bundesgeschäftsstelle zum Europawahlkampf vorgestellt. Ein ausführlicher Maßnahmenkatalog wurde den Kreisgeschäftsführern zugestellt.

Bundesparteitag in Kiel

Zum Bundesparteitag in Kiel brachte die Bundesgeschäftsstelle einen Aktionskatalog mit den Werbemitteln des Hauptwahlkampfes und Anregungen für Aktionen heraus. Der Katalog wurde allen Gliederungen der CDU, auch den Vorsitzenden der Stadt-, Stadtbezirks- und Gemeindeverbänden und den Europawahlbeauftragten zugesandt.

Auf dem Parteitag wurden die Materialien für den Hauptwahlkampf vorgestellt.

Aktion "Jetzt geht der Wahlkampf richtig los"

Unter der Schlagzeile "Jetzt geht der Wahlkampf richtig los" wurden in der April-Ausgabe des "Deutschen Monatsblattes" die Werbematerialien des Hauptwahlkampfes vorgestellt.

Wahlkampf-Set

Ein besonderes Angebot für jeden, der sich persönlich am Wahlkampf beteiligen wollte, was das kostenlose "Wahlkampf-Set", in dem jeweils ein Exemplar einer Auswahl von Werbemitteln enthalten war. Nahezu 1.800 Nachfragen gingen hierzu ein.

"Endspurt im Europawahlkampf"

In der Mai-Ausgabe des "Deutschen Monatsblattes" wurde zum "Endspurt im Europawahlkampf" aufgerufen.

Neben Hinweisen auf die Besonderheiten der Europawahl wurden Argumente für das persönliche Gespräch, die stärkste Waffe im Wahlkampf, aufgeführt.

Öffentliche Einstimmungsaktion

Die öffentliche Einstimmungsaktion war eine in sich geschlossene, kurzfristige Kampagne, die sich schwerpunktmäßig an ausgewählte Meinungsbildner wendete.

Mit dieser Aktion sollte eine Initialzündung für den Europawahlkampf der CDU erreicht werden, indem über die Meinungsbildner indirekt eine breite Öffentlichkeitsarbeit angesprochen wurde.

Die Aktion bestand aus zwei Komponenten:

Anzeigen und Aussendungen (Direct-Mail)

Bei den Anzeigen handelte es sich um reine Textanzeigen, die sich insbesondere mit den in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unterschiedlichen politischen Vorstellungen der CDU und der SPD von Europa befaßten. Die sehr ausführlichen Texte wurden in einer betont nüchternen Form gestaltet.

Der Text enthielt die Aufforderung, telefonisch oder schriftlich weiteres Informationsmaterial der CDU zu Europa anzufordern. Dieser Aufforderung wurde sehr stark Folge geleistet.

Die Anzeigen erschienen in der zweiten Januarwoche im Spiegel, der FAZ, und der Welt, wobei im Spiegel in einer Ausgabe drei ganzseitige Anzeigen in der thematischen Reihenfolge Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft europäischer Politik geschaltet wurden. In der FAZ und in der Welt jeweils zwei halbseitige Anzeigen.

Die Direct-Mail-Aktion richtete sich an einen ausgewählten Kreis von nahezu 3.000 Führungskräften aus der Wirtschaft und Personen des öffentlichen Lebens. Die Aussendung bestand aus einer Mappe, die ein persönlich gehaltenes Anschreiben von Herrn Dr. Kohl zum Thema Europawahl enthielt.

Dem Schreiben lag eine Schallplatte bei mit Redeausschnitten von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl zu Europa, sowie eine Europa-

Information, die besonders auf die Bedürfnisse der Adressaten zugeschnitten waren.

Eine zweite Aussendung richtete sich an mehr als 700 Lokalredakteure. Mit einem Brief von Herrn Dr. Geißler wurde den Redakteuren das Angebot gemacht, ihnen bei der Kontaktaufnahme zu ausländischen Zeitungen behilflich zu sein. Europa-Informationen und die Schallplatte wurden ebenfalls beigelegt.

Kandidatenservice

Als spezielles Werbemittel für den einzelnen Kandidaten wurde von der Bundesgeschäftsstelle ein Kandidaten-Rahmenprospekt kostenlos angeboten.

In dem vierseitigen Prospekt waren die Innenseiten, das CDU-Signet wie der Slogan einheitlich gestaltet. Der Kandidat konnte neben seinem Namen und seinem Bild auf der Titelseite auf der Rückseite einen eigenen Text eindrucken lassen. Rund 60 Kandidaten machten von dieser Möglichkeit Gebrauch. Insgesamt wurden 3.912.500 Rahmenprospekte ausgeliefert.

Daneben wurden die Kandidaten in einigen zentralen Werbemitteln der Bundespartei vorgestellt:

- In der Wahlkampf illustrierten "Sternstunde"

Die bundesweite Ausgabe der Illustrierten zeigte auf zwei Innenseiten nach Bundesländern und Platzfolge geordnet alle Kandidaten.

- In der Wahlkampfzeitung

Die Wahlkampfzeitung "Freiheit zahlt sich aus" bot auf der jeweils in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden gestalteten Landesseite den Spitzenkandidaten die Möglichkeit zur Vorstellung.

- In den regionalen Tageszeitungen wurden für jeden Landes-Spitzenkandidaten zwei unterschiedliche Anzeigen am 31. Mai und 7. Juni 1979 geschaltet.

- Die Landes-Spitzenkandidaten kamen in den regionalisierten Hörfunkspots zu Wort.

Alle Kandidaten erhielten das Rednerhandbuch zur Europawahl.

Service für die Kreisverbände

Neben der hohen Grundausstattung wurden den Kreisverbänden eine Reihe von Service-Leistungen angeboten:

- Rednerankündigungsplakate

Für die Spitzenpolitiker gab es ein Rednerankündigungsplakat mit Bild, das den Verbänden bei Bedarf kostenlos zur Verfügung gestellt wurde.

- Reproduktionsfähige Anzeigenvorlagen

Für ihre eigene Anzeigenwerbung erhielten alle Landes-, Bezirks- und Kreisgeschäftsführer reproduktionsfähige Anzeigenrahmen in verschiedenen Größen und in zwei Gestaltungsformen. Als Gestaltungsbeispiel wurde eine Briefwahlanzeige beigefügt.

- Materndienst

An 168 regionale Tageszeitungen wurden Matern und Repro-Vorlagen der Rahmenanzeigen verschickt, in die der CDU-Verband seine eigenen Texte einfügen konnte. Textbeispiele erschienen regelmäßig im Wahlkampfinformationsdienst.

- Repro-Aufsichtsvorlagen

Für den Druck von Flugblättern und "CDU-Telegrammen" wurden Aufsichtsvorlagen angeboten.

- Flugblattvorlagen

Die Bundespartei bot wöchentlich während des Europawahlkampfes reproduktionsfähige Flugblattvorlagen zu aktuellen Themen an.

- Film "CDU für Europa"

Aufgrund der starken Resonanz auf dem Kieler Parteitag wurde der dort erstmals gezeigte Film "CDU für Europa" den Verbänden angeboten.

- Europa-Fahnen

Das EVP-Zeichen und das CDU-Signet zeigte die Europa-Fahne, die den Verbänden über den Uid angeboten wurde.

- Schallplatte "Beim Wort angenommen"

Die Diskussion in der deutschen Politik um Europa wurde in Redeausschnitten von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl auf dieser Platte festgehalten. Die Platte wurde den Verbänden angeboten. Gesamtauflage: 30.000.

- Europa-Ausstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die in 47 Städten der Bundesrepublik durchgeführte Europa-Ausstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde von der Bundesgeschäftsstelle mit Informations- und Werbematerialien im Gesamtwert von ca 80.000,-- DM unterstützt.

- Messen

24 Kreisverbände wurden während des Europawahlkampfes mit zusätzlichen Informations- und Werbematerialien unterstützt.

Sondermaßnahmen der Pressestelle

- Verstärkte Kontakte zu ausländischen Journalisten in Bonn, vor allem zu solchen aus dem EG-Bereich. Pressekonferenz mit Dr. Geißler für die Auslandspresse.
- Versand der blauen Uid-Beilage und aller wichtigen Europapapiere der CDU an die europapolitischen Redaktionen im Bundesgebiet.
- Bereitstellung von Portraitfotos und Kurzlebensläufen von 50 Europakandidaten der CDU. Auf Anforderung wurden rund 400 Fotos verschickt.
- Versand von Mustervorlagen für Pressemitteilungen mit europapolitischem Inhalt an alle Kreisgeschäftsführer und Europakandidaten der CDU, verbunden mit Hinweisen für wirkungsvolle lokale Pressefotos.

- Information aller erreichbaren Medien über Wahlkampftermine des CDU-Vorsitzenden und des Generalsekretärs per Telex und fernmündlich. Anforderung der lokalen Presseberichte über diese Kundgebungen und Weiterleitung an das Referat Aktuelle Information im Hause.

Die Werbemittel des Hauptwahlkampfes

Die Bundespartei hat den Kreisverbänden von allen wichtigen Werbemitteln des Hauptwahlkampfes eine hohe Grundausstattung zugeschickt. Die Verteilung dieser Grundausstattung auf die einzelnen Kreisverbände wurde mit den Landesverbänden abgestimmt. Darüber hinaus wurden den Kreisverbänden alle Materialien, mit Ausnahme der Wahlkampfzeitung, zusätzlich zum Kauf angeboten.

Die Wahlkampfzeitung wurde den Kreisverbänden in der Menge zur Verfügung gestellt, die der Anzahl ihrer Haushalte entsprach. Die Gesamtauflage betrug 17.976.000. Zusammen mit der zentralen Zeitungsbeilage, die auch in den größten Städten kommerziell verteilt wurde. (Gesamtauflage 10.300.000,) der Wahlkampfillustrierten, (Gesamtauflage 4.167.000,) dem Briefwahlprospekt, (Gesamtauflage 1.474.500) und den Kandidatenprospekten, (Gesamtauflage 3.912.500) erhielt jeder Haushalt im Schnitt 2 Informationsschriften der CDU zur Europawahl.

Das Informations- und Werbematerial des Europawahlkampfes

<u>Bestell-Nummer</u>	<u>Artikel</u>	<u>Versandmenge incl. Grundausstattungen und Ansichtssendungen</u>
o457	Sonnenschirm mit Fuß	637 Exemplare
o458	Sonnenschirm ohne Fuß	172 Exemplare
o534	Anstecknadel Erkennungszeichen	128.650 Exemplare
o542	PVC-Hinweisschild	2.962 Exemplare
2565	Europäisches Manifest	532.800 Exemplare
2794	Faltblatt Frauen für Europa	195.750 Exemplare
2871	Mitgliederwerbeprospekt	542.400 Exemplare
2907	EVP-Illustrierte	757.250 Exemplare
2915	Prospekt Grundsatzprogramm	263.400 Exemplare
2945	Briefwahlprospekt	1.477.500 Exemplare
3885	EVP-Programm	250.500 Exemplare
3896	Rede Kai-Uwe von Hassel: Europa vor den ersten Direkt- wahlen	19.200 Exemplare
3918	Aktionshandbuch zur Europawahl	35.090 Exemplare
3946	Europa-Pass	917.800 Exemplare
6821	Argu-Karte Europapolitik	302.550 Exemplare
7904	Europa-Poster: Politik für die Frei- heit Glück für die Menschen	121.900 Exemplare
7956	Mädchen-Poster	67.800 Exemplare
8000	Rahmenplakat A 0	37.150 Exemplare
8001	Rahmenplakat A 1	93.050 Exemplare
8002	Rahmenplakat A 2	37.650 Exemplare
9304	Luftballon	1.582.074 Exemplare
9428	Kugelschreiber	782.600 Exemplare
9528	Autoaufkleber Erkennungszeichen	268.300 Exemplare
9532	Ansteckbutton	118.900 Exemplare
9536	Tragetaschen	676.000 Exemplare
9538	T-Shirt	3.537 Exemplare
9540	Skatspiel	49.750 Exemplare

9813	Notizblock	221.550 Exemplare	
9814	Parkscheibe	136.220 Exemplare	
9867	Halstuch	4.918 Exemplare	
9887	CDU-Jacke S	986 Exemplare	
9888	CDU-Jacke M	2.039 Exemplare	
9889	CDU-Jacke XL	1.522 Exemplare	
9890	Eiskratzer	50.350 Exemplare	
9906	Autoaufkleber "CDU für Europa"	397.150 Exemplare	+
9908	Autoaufkleber "CDU für Europa" mit Schmetterling	309.400 Exemplare	+
9957	Streifen aufkleber Europa-Stift	949.775 Exemplare	
9941	CDU-Europa-Bleistift	1.270.800 Exemplare	
9961	Europa-Fähnchen	1.050.800 Exemplare	

+ Von den beiden Aufklebern wurden zusätzlich insgesamt ca. 700.000 Stück im November 1978 dem "Deutschen Monatsblatt" beigelegt.

Wahlkampf-Illustrierte

11944	Gesamtausgabe	1.634.000 Exemplare
11970	Baden-Württemberg	620.000 Exemplare
11969	Hessen	806.000 Exemplare
11968	NRW	1.107.000 Exemplare
		<u>4.167.000 Exemplare</u>

Wahlkampfzeitung

17.946.500 Exemplare

Plakate

11947	Slogan-Plakat A o	125.223 Exemplare
11948	Slogan-Plakat A 1	142.800 Exemplare
11949	Kohl-Plakat A o	130.500 Exemplare
11950	Kohl-Plakat A 1	181.000 Exemplare
11954	EVP-Plakat A o	65.275 Exemplare
11955	EVP-Plakat A 1	79.200 Exemplare
11972	Stimmzettel, Liste 1	18.950 Exemplare
11973	Stimmzettel, Liste 2	84.640 Exemplare
11977	Stimmzettel, Baden-Württemberg	25.000 Exemplare
		<u>852.588 Exemplare</u>

Wandzeitungen

7776	Wir wollen Europa	12.755 Exemplare
7905	Politik für die Freiheit	
	Glück für die Menschen	10.875 Exemplare
11866	Europa auf dem richtigen Kurs	8.800 Exemplare
11966	Jetzt stellen wir die Weichen	
	für die Zukunft	9.100 Exemplare
11958	Wählen Sie die CDU per Brief	9.100 Exemplare
		<u>50.630 Exemplare</u>

In der Hauptwahlkampfphase wurden 3.287 Sendungen verschickt.

Grundausstattungen und Ansichtssendungen im Europawahlkampf

1.11.1978 bis 31.5.1979

<u>Bestell-Nummer</u>	<u>Artikel</u>	<u>Versandmenge</u>
2907	EVP-Illustrierte	27.000 Exemplare
3896	Rede von Hassel: Europa vor den ersten Direkt- wahlen	2.700 Exemplare
3912	Grundsatzprogramm	14.300 Exemplare
3918	Aktionshandbuch zur Europawahl	14.300 Exemplare
3985	Reden, Dokumente, Beschlüsse vom Europaparteitag der CDU in Kiel	27.000 Exemplare
7904	Europa-Poster	108.000 Exemplare
2915	Prospekt Grundsatzprogramm	29.700 Exemplare
2945	Briefwahlprospekt	285.000 Exemplare
3946	Europa-Pass	824.800 Exemplare
7956	Mädchen-Poster	2.850 Exemplare
9941	CDU-Europa-Bleistift	28.500 Exemplare
9957	Streifenaufkleber Europa-Stift	578.500 Exemplare
	<u>Wahlkampf-Illustrierte</u>	<u>gesamt</u>
		<u>3.038.500 Exemplare</u>
11944	Gesamtausgabe	1.349.500 Exemplare
11970	Baden-Württemberg	505.000 Exemplare
11969	Hessen	280.000 Exemplare
11968	NRW	904.000 Exemplare
	<u>Plakate</u>	<u>gesamt</u>
		<u>852.588 Exemplare</u>
11947	Slogan-Plakat A 0	125.223 Exemplare
11948	Slogan-Plakat A 1	142.800 Exemplare
11949	Kohl-Plakat A 0	130.500 Exemplare
11950	Kohl-Plakat A 1	181.000 Exemplare
11954	EVP-Plakat A 0	65.275 Exemplare

11955	EVP-Plakat A 1	79.200 Exemplare
11972	Stimmzettel, Liste 1	18.950 Exemplare
11973	Stimmzettel, Liste 2	84.640 Exemplare
11977	Stimmzettel, Baden-Württemberg	25.000 Exemplare

Wahlkampfzeitung 17.946.500 Exemplare

Zentrale Maßnahmen der Bundespartei

Zentraler Rednereinsatz

Einsätze des Parteivorsitzenden

Die Bundesgeschäftsstelle plante für Herrn Dr. Kohl an 19 Einsatztagen insgesamt 50 Wahlkampfeinsätze.

Jeder Wahlkampfeinsatz des Parteivorsitzenden wurde durch die Bundesgeschäftsstelle vorbereitet, wozu auch die entsprechenden Vorbereitungs-fahrten gehörten.

Es wurden bei 50 Veranstaltungen ca. 132.000 Zuhörer erreicht.

Bundesredner

Im Rahmen des Europawahlkampfes lag ein Schwerpunkt in der Planung, Vor-bereitung und Durchführung der Rednereinsätze.

Dazu gehörte die Abstimmung der Anforderungswünsche durch die Landesver-bände sowie die Detailabstimmung zwischen Bundesredner und Kreisverbänden.

In Zusammenarbeit mit den Landes- und Kreisverbänden wurden die erstellten Einsatzvorschläge den Bundesrednern zur Genehmigung vorgelegt. Die danach erstellten Reiserouten der Bundesredner wurden durch die Bundesgeschäfts-stelle ausgearbeitet.

Insgesamt haben 58 Redner in der Zeit vom 2. Mai 1979 - 8. Juni 1979 folgende Einsätze durchgeführt:

	121 Öffentliche Kundgebungen
	148 Öffentliche Veranstaltungen mit Diskussion
	46 Pressekonferenzen
	84 Zielgruppengespräche
	21 Besichtigungen
	21 Canvassingmaßnahmen
	<hr/>
insgesamt	<u>441 Veranstaltungen</u>

Dabei sind die von den Landesverbänden zusätzlich durchgeführten Redner-einsätze mit den jeweiligen Spitzenpolitikern der Landesverbände nicht mit aufgeführt.

Tonbuseinsätze

Die drei Tonbusse haben im Europawahlkampf insgesamt 69 Großveranstaltungen (Freiluftveranstaltungen) des Parteivorsitzenden und der Präsidiumsmitglieder betreut.

Sie haben dabei 31.289 km zurückgelegt.

Fahrbereitschaft

Für die Bundesredner wurde eine Fahrbereitschaft zur Verfügung gestellt, die von 17 Bundesrednern in Anspruch genommen wurde.

Flugeinsatz

Für eine Reihe von Bundesrednern mußten - um die sich bei der Durchführung des Rednereinsatzes ergebenden Entfernungen ohne großen Zeitverlust überbrücken zu können - Flugeinsätze vorgenommen werden. So wurden in der Zeit vom 1. Mai 1979 bis 7. Juni 1979 23 Flugbuchungen vorgenommen.

Vorauskommandos

Bei den Präsidiumsmitgliedern wurden zur Vorbereitung und Betreuung der Wahlkampfeinsätze Vorauskommandos eingesetzt.

Insgesamt 16 Teams - aus 2 Personen bestehend - fuhren mit jeweils einem VW-Passat zusammen 103.740 km. Jedes Team war mit einer Lautsprecheranlage mit Werbematerial ausgestattet.

Rednerankündigungsplakate

Den Kreisverbänden wurden für den Rednereinsatz der Präsidiumsmitglieder kostenlos Rednerankündigungsplakate zur Verfügung gestellt. Für 78 Veranstaltungen (ohne Veranstaltungen des Parteivorsitzenden) wurden von den Kreisverbänden 14.850 Plakate Din A 1 und 6.350 Plakate Din A 0, insgesamt 21.200 Plakate, bestellt.

Zentrale Kundgebung am 10.6.1979 in der Dortmunder Westfalenhalle

Höhepunkt des Europawahlkampfes war die Zentrale Kundgebung am 10.6.1979 in der Dortmunder Westfalenhalle mit über 12.000 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet. Alle diese Kundgebungen waren dank der Unterstützung der Landesverbände und deren Kreisverbände ein großer Erfolg und fanden auch in der Berichterstattung der Medien starke Beachtung.

Anzeigenkampagne

Die Anzeigenkampagne war medienadäquat in vier Anzeigentypen gegliedert:

- Anzeigen für
- nationale und regionale Tageszeitungen, meinungsbildende Zeitungen
 - Magazine
 - Kaufzeitungen
 - Publikumszeitschriften und Supplements

Die Kampagne in nationalen, regionalen Tageszeitungen sowie meinungsbildenden Zeitungen

Beginnend mit dem 25. April in den nationalen Tageszeitungen Welt, FAZ und Handelsblatt umfaßte die Anzeigenkampagne in diesen Medien bis zum Wahltag eine Serie von 14 Motiven.

Neben den Spitzenpolitikern, die mit den von ihnen getragenen Grundthemen des Wahlkampfes präsentiert wurden, beinhaltete die Serie die Bereiche Jugend, ältere Menschen, Arbeitsplätze, Zukunftschancen sowie zwei spezielle Briefwahlanzeigen und die Schlußanzeige.

Das Format der Anzeigen war 1/3 Seite schwarz/weiß, als Eckanzeigen im Textteil der Zeitungen plazierte. Die konstant durchgehaltene Gestaltungslinie zeichnete sich durch ein großes, sehr lesefreundliches Schriftbild aus. Den abgebildeten Politikern bzw. den Illustrationen wurde jeweils ein kurzer Insert-Text zugeordnet, zumeist bestehend aus Zitaten des Europa-programms der CDU, die im Bezug zu Thema und Text der Anzeige standen.

Am 10. Mai begann die Anzeigenkampagne in den regionalen Tageszeitungen. Während die ersten fünf Anzeigen den Motiven der nationalen Tageszeitungen entsprachen, wurden in den Anzeigen sechs und sieben zweimal die regionalen Spitzenpolitiker vorgestellt. Die Schlußanzeige war wiederum identisch mit den nationalen Tageszeitungen.

Auch die wöchentlich erscheinenden Zeitungen wie z.B. Welt am Sonntag, Zeit Rheinischer Merkur zeigten in ihren sechs Anzeigen Motive aus der Anzeigenserie in den nationalen Tageszeitungen.

Die Kampagne in den Magazinen Spiegel, Wirtschaftswochen, Stern, Bunte, Bild und Funk

National bekannte Spitzenpolitiker der CDU waren die Träger der Magazin-Anzeigenkampagne.

Neben einem halbseitigen Foto, daß den Politiker als Redner zeigt, wurden Zitate des Politikers zum Thema Europa wiedergegeben.

Die Anzeigenserie umfaßte 16 Motive (Politiker) 1/1 Seite schwarz/weiß und war geprägt durch die "lebendigen", aktiven Politiker-Portraits.

Die Anzeigenkampagne in den Kaufzeitungen

In der Bildzeitung, Express und Abendpost wurde eine Anzeigenserie von sieben Motiven geschaltet. Die ersten drei Anzeigen hatten jeweils ein Grundthema des Wahlkampfes zum Inhalt. Dies wurde in einer Gegenüberstellung von Ja/Nein-Argumenten erläutert. Das Format der Anzeigen war 200 mm hoch, dreispaltig, schwarz/weiß.

Die Anzeigenkampagne in den Publikumszeitschriften und Supplements

Vier verschiedene Motive umfaßte die Kampagne in Publikumszeitschriften wie Hör Zu, Bild am Sonntag, Quick etc. sowie der konfessionellen Presse und den Supplements.

Hierin wurden die Themenbereiche Partnerschaft, Völkerfamilie, Jugend in Europa und die Warnung vor einem sozialistischen Europa textlich und bildlich dargestellt.

Die Anzeigen waren jeweils auf der unteren Hälfte einer Doppelseite plaziert und erschienen in schwarz/weiß.

Zeitungsbeilage und Hausverteilung

"10. Juni 1979 Anstoß für Europa. Mit uns gewinnt die Freiheit" war der Titel einer achtseitigen Zeitungsbeilage mit einer Auflage von über 10 Millionen Exemplaren. Auf der Titelseite war ein großer Europafußball

abgebildet. In flotter Form und leserfreundlicher Gestaltung wurden die Grundthemen des Wahlkampfes erläutert, auf die Briefwahl hingewiesen und auch speziell die jungen Wähler angesprochen.

Die Beilage wurde der "Hör Zu", "TV Hören und Sehen", dem "Weser Report" sowie den RTV-Träger-Zeitungen eingefügt.

In den Städten Hamburg, Bremerhaven, Hannover, Düsseldorf, Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Essen, Köln, Frankfurt und Stuttgart wurde die Beilage darüber hinaus kommerziell an die Haushalte verteilt.

Zentrale Plakatierung

Die zentrale, kommerzielle Plakatierung begann mit dem 18. Mai 1979. Belegt wurden von der Bundespartei folgende Flächen:

31.771 Großflächen für zwei Dekaden in allen Orten, 2 Motive Helmut Kohl mit Slogan, Fahnenmotive mit Slogan

2.391 Ganzstellen für eine Dekade in allen Städten ab 100.000 Einwohner, 2 Motive (6/1 Bogen) Kohl mit Slogan und Slogan

57.920 Allgeminstellen für zwei Dekaden in allen Orten 1 Motiv (3/1 Bogen) Slogan

Der Landesverband Hamburg hat hiervon abweichend 500 Sondergroßflächen aufstellen lassen.

Eine Reihe von Landesverbänden und Kreisverbänden hatte zusätzliche Flächen angemietet und erhielt von der Bundespartei die erforderlichen Großflächenplakate.

Briefwahlkampagne

Besondere Bedeutung kam der Briefwahlmöglichkeit zu, da im Juni bereits viele Leute in Urlaub gehen und auch die vor dem Wahltermin liegenden Pfingstfeiertage sich zu einem Kurzurlaub anboten.

Mit einer speziellen Kampagne hat die Bundesgeschäftsstelle die Briefwahl unterstützt.

Unter dem Titel "Wählen Sie die CDU per Brief" wurde in einem Briefwahlprospekt auf die Möglichkeit und das Verfahren der Briefwahl hingewiesen (Auflage: 1.474.500). Speziell auf die Briefwahl ausgerichtet waren zwei Anzeigen der Bundespartei in den Tageszeitungen. Auch eine Wandzeitung zum Thema Briefwahl wurde herausgegeben. In allen Massenverteilmaterialien wie Wahlkampf-Illustrierte, Wahlkampfzeitung und Zeitungsbeilage wurde auf die Briefwahl hingewiesen. Im UiD und im Wahlkampfinformationsdienst wurden die Parteigliederungen aufgefordert, die Briefwahl durch eigene Anzeigen und Aktionen publik zu machen.

Den Landes-, Bezirks- und Kreisvorsitzenden wurde hierzu eine Vorlage für eine Briefwahlanzeige zur Verfügung gestellt.

TV-Spots

Grundlage für die inhaltliche Aussage der Fernsehspots war der auf dem Kieler Parteitag verabschiedete Wahlauftrag. Entsprechend wurden vier Spots erarbeitet, die die Themenbereiche

- allgemeine Richtungsentscheidung
- Partnerschaft ja - Klassenkampf nein
- Bürgerfreiheit ja - Bürokratisierung nein
- Sicherheit ja - Neutralisierung nein

abdeckten.

Alle vier Spots enthielten neben der jeweils unterschiedlichen filmischen Umsetzung der speziellen Themen, wobei auch die CDU-Spitzenpolitiker zu Wort kamen, einige konstante Elemente. Hierbei handelte es sich um die Darstellung von Europa, wie es jeder Bürger aus eigener Erfahrung oder aus den Medien kennt. Zur bildlichen Darstellung der europäischen Länder mittels typischer Bauwerke und Szenen wurden für einige Länder typische Personen gezeigt, die in ihrer textlichen Aussage auf das jeweilige Spot-Thema Bezug nahmen. Auch die Schlußsequenzen, bestehend aus Fahnenmotiv und Slogan, waren in allen Spots konstant.

Von ARD und ZDF standen der CDU jeweils acht Sendetermine zur Verfügung, so daß jeder Spot pro Sender zweimal ausgestrahlt wurde.

Hörfunk

Auch die Hörfunkspots orientierten sich an den drei Grundthemen des Wahlkampfes, sowie der allgemeinen Richtungsentscheidung.

Entsprechend der Themen wurden vier Spots konzipiert, in denen auch die diese Themen tragenden Spitzenpolitiker mit Redeausschnitten des Europaparteitages zu Wort kamen. Auch das "Testament" Konrad Adenauers, sein Aufruf zur Schaffung Europas, in einer seiner letzten Reden war ein fester Bestandteil.

Diese vier Spots wurden bundesweit in allen Rundfunkanstalten ausgestrahlt.

Durch die Struktur der Sendeanstalten bot sich darüber hinaus die Möglichkeit der Regionalisierung der Hörfunkspots. So war es möglich, den jeweiligen Landes-Spitzenkandidaten für das Europäische Parlament sowie den jeweiligen CDU-Ministerpräsidenten bzw. Landesvorsitzenden in dem für das Bundesland maßgeblichen Sender zu Wort kommen zu lassen. Für jeden Kandidaten wurden zwei Regionalspots produziert.

Unterschiedliche Dauer der Sendezeiten machte es notwendig, zwei Spotlängen (2 1/2 und 4 1/2 Minuten) zu konzipieren und herzustellen.

Die Spots wurden den Sendeanstalten jeweils zum Sendetermin angeliefert. Die Anzahl der Spots war von Sender zu Sender unterschiedlich, in der Mehrzahl gab es acht Ausstrahlungen.

Zielgruppenaktionen

In enger Zusammenarbeit mit der CDU-Frauenvereinigung, der JUNGEN UNION und der CDA wurden von der Bundesgeschäftsstelle besondere Aktionen für Frauen, Jugendliche und Arbeitnehmer durchgeführt.

Bereits Ende 1977 wurde gemeinsam mit der CDU-Frauenvereinigung eine Aktion "Frauen für Europa" mit einem Faltprospekt und einem Aufkleber gestartet.

Die Zielgruppenaktion für die Frauen im Wahlkampf bestand aus einem 12-seitigen sehr modern und emotional aufgemachten Prospekt "Trautes Heim oder Glück allein?", der als Beilage in der Frauenzeitschrift "Brigitte" bundesweit verbreitet wurde.

Zusätzlich wurde der Prospekt über die Frauenvereinigung verteilt und den CDU-Kreisverbänden angeboten.

Darüber hinaus wurde eine Wandzeitung "Jetzt stellen wir die Weichen für Europa" produziert.

Am 12. Mai fand in Hannover das Europafestival "Frauen für Europa" statt.

	<u>Auflage</u>
Faltblatt "Frauen für Europa"	500.000
Prospekt "Trautes Heim oder Glück allein?"	1.500.000
Wandzeitung	10.000

Die Zielgruppenaktion für die Jugend bestand aus einem speziell für junge Leser gestalteten Magazin mit dem Titel "Wir machen uns stark für Europa". Daneben wurde mit dem gleichen Slogan ein Poster für die Jugend herausgebracht. Magazin und Poster wurden über die JUNGE UNION verteilt.

Außerdem wurde die JU bei der Konzipierung und Herstellung eines Autoaufklebers und einer Reprovorlage ihres Signets unterstützt.

Am 2. Juni fand in Saarbrücken das Europafestival "Jugend für Europa" statt.

Darüber hinaus wurden die JU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe bei einer Oldtimer-Busaktion unterstützt.

	<u>Auflage</u>
Magazin "Wir machen uns stark für Europa"	1.000.000
Poster	100.000

Die Zielgruppenaktion für die Arbeitnehmer beinhaltete einen Europa-Sonderteil in der "Sozialen Ordnung" den Fortdruck dieses Sonderteils, ein Faltblatt "Partnerschaft statt Klassenkampf" sowie eine Anzeigen-Kampagne in

den Kaufzeitungen "Bild", "Express" und "Abendpost" und in der Gewerkschaftspresse. In den Anzeigen wurden die Themen Mitbestimmung, 35-Stunden-Woche, Renten und Gewerkschaften behandelt. Das Falblatt und Sonderteil wurden über die CDA verteilt.

Am 24. Mai fand in Bremerhaven das Europafestival "Arbeitnehmer für Europa" statt.

	<u>Auflage</u>
Faltblatt	500.000
Sonderteil "Soziale Ordnung"	100.000

Sonderkampagne mit regionalen Schwerpunktveranstaltungen
Europafestivals

1. Veranstaltungen

- "Europatag der CDU" am 5. Mai 1979 in Kassel

16.000 Besucher

Redner: Dr. Wallmann
Dr. Walz
Sälzer
Zarges
von Hassel

- "Frauen für Europa" am 12. Mai 1979 in Hannover

2.300 Besucher

Redner: Dr. Albrecht
Rabbethge
Raemaeckers
Dr. Peus
Benedix

- "Arbeitnehmer für Europa" am 24. Mai 1979 in Bremerhaven

2.500 Besucher

Redner: Katzer
Neumann
Dr. Blüm
Dr. Müller-Hermann
Hollweg
Karl-Heinz Hoffmann

- "Europatag der CDU" am 26. Mai in Freiburg

1.600 Besucher

Redner: Späth
Schnitker
von Hassel
von Wogau

- "Jugend für Europa" am 2. Juni 1979 in Saarbrücken

2.900 Besucher

Redner: Dr. Geißler
Zeyer
Wissmann

Vorbereitung der Bundestagswahl

A Politische Kampagne

1. Für Frieden und Freiheit in der Welt
2. Politik für die Zukunft
3. Fortschritt mit menschlichem Gesicht
3. Wahlkampfabkommen 1980

B Werbekampagne

1. Informations- und Vorbereitungsphase bis 31. Dezember 1979
2. Die Vorwahlkampfphase I
3. Vorwahlkampfphase II
4. Der heiße Wahlkampf

A Politische Kampagne

Mit Sachpolitik die Wähler überzeugen

Im Geschäftsbericht zum 27. Bundesparteitag 1979 in Kiel war auf die Bedeutung des Kompetenzprofils einer Partei hingewiesen worden. Dort hieß es:

"Ein ausgeprägtes Leistungsprofil ist für eine Partei wesentliche Voraussetzung für gute Wahlergebnisse auf Landes- bzw. auf Bundesebene. Denn: Die Bindungen eines Wählers an eine Partei lockern bzw. lösen sich dann, wenn die Gewißheit - oder auch nur die Vermutung - besteht, daß eine andere als die eigene Partei besser in der Lage ist, wichtige politische Aufgaben zu bewältigen."

Seit der Bundestagswahl 1976 konnte die CDU durch eine klare Sachpolitik ihre Sachkompetenz nach Ansicht der Bürger wesentlich steigern. Kaum für möglich gehaltene Kompetenzdurchbrüche wurden erzielt.

Seit dem letzten Bundesparteitag in Kiel wurde diese Kompetenzüberlegenheit gehalten und stabilisiert.

Zu Beginn des Wahljahres 1980 besaß die CDU in neun der zehn wichtigsten Aufgabenbereiche einen Vorsprung vor der SPD. Lediglich bei der Sicherung der Arbeitsplätze schneidet die SPD besser ab. Spitzenreiter im Themenfeld Umweltschutz sind die "Grünen".

Kompetenzen der Parteien				
	CDU/CSU	SPD	Diff.	Grüne
	%	%	%	%
Preisstabilität	45	38	+ 7	1
Umweltschutz	23	20	+ 3	45
Energiepolitik	43	35	+ 8	5
Sicherung der Renten	43	41	+ 2	1
Arbeitslosigkeit	36	50	- 14	1
Äußere Sicherheit	45	40	+ 5	1
Gerechtes Steuersystem	41	37	+ 4	2
Förderung der Familie	42	36	+ 6	1
Wirtschaftspolitik allg.	43	39	+ 4	1
Innere Sicherheit	45	37	+ 8	1

Quelle: Emnid 1980

Für die Methodik der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle bedeutete der Kieler Parteitag eine Zäsur, die vom Generalsekretär in seiner Parteitagsrede selbst vorgegeben wurde.

"Aber jede Legislaturperiode hat zwei Phasen: die Phase der sachpolitischen Aufrüstung durch offene Diskussion und abschließender Entscheidung und die Phase der Umsetzung. Dies entspricht der Logik einer vernünftigen Wahlkampfzubereitung."

Für die Bundesgeschäftsstelle steht die Umsetzungsphase unter zwei Leitgedanken:

1. Abwehr kollektivistischer Tendenzen - Vorschläge zur Verhinderung einer zunehmenden Bürokratisierung und der Kampf gegen eine Nivellierung im Rentenrecht sind Beispiele hierfür.
2. Verdeutlichung der Probleme, die in der Gegenwart angelegt sind, sich aber in der Zukunft erst voll auswirken werden - die Initiativen in der Familienpolitik und die Kongresse zur Außen- und Sicherheitspolitik haben dies u.a. verdeutlicht.

Heute kann nachgewiesen werden, daß diese Ausrichtung der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle bei den Bürgern Resonanz findet. Das Bewußtsein in der Öffentlichkeit für die Bedeutung der Zukunftsprobleme nimmt zu. Immer klarer erkennen die Bürger, daß wachsende Staatsverschuldung, anhaltende Arbeitslosigkeit, Investitionshemmnisse, ein dramatischer Geburtenrückgang, Finanzierungsnot im System der sozialen Sicherung die Gefahr eines Generationenkonfliktes heraufbeschwören, dessen Lösung zudem durch die zunehmende Bürokratisierung von Staat und Gesellschaft erschwert wird. Früher sind die Bürger mit Zuversicht und Tatkraft an die Lösung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Probleme herangegangen. Jetzt fürchten sie plötzlich um ihre Zukunftschancen. Zwar ist die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben auf die Gegenwart bezogen weit verbreitet:

	<u>Insgesamt %</u>
sehr zufrieden oder zufrieden	77
teils/teils	19
unzufrieden oder sehr unzufrieden	3

Zunehmend zeigen sich jedoch in den Umfragen negative Langfrist-Erwartungen für die Zukunft. Die Ergebnisse deuten darauf hin, daß nach Afghanistan der Blick in die Zukunft für die Deutschen noch düsterer geworden ist:

	<u>Insgesamt %</u>
Die 80er Jahre ...	
werden schwerer als die 70er	82
werden nicht schwerer als die 70er	17

(Quelle: Contest, Januar 1980)

Das steigende politische Problembewußtsein wird auch daran sichtbar, daß die Bürger zahlreichen politischen Aufgabenbereichen eine höhere Bedeutung beimessen als noch im vergangenen Jahr. Auf die Frage, welche politischen Aufgabenbereiche persönlich ganz besonders wichtig erscheinen, liegt die Summe aller Nennungen im Februar 1980 fast doppelt so hoch wie im Mai 1979.

Danach ergibt sich folgende Rangreihe:

	Februar 1980	Mai 1979 ¹⁾
	%	%
Preisstabilität	68	-
Umweltschutz	67	50
Energiepolitik	65	51
Sicherung der Renten	60	47
Arbeitslosigkeit	58	62
Äußere Sicherheit	52	29
Gerechtes Steuersystem	51	38
Förderung der Familie	47	-
Wirtschaftspolitik allg.	47	34
Innere Sicherheit	44	35
Jugendarbeitslosigkeit	43	47
Sozialpolitik allg.	42	30
Gleichberechtigung der Frau	37	-
Freundschaft zu den USA	33	15

1) Quelle: Emnid

Februar 1980 Mai 1979

	%	%
Schulpolitik	30	28
Europapolitik	29	22
Bürokratie	15	-
Engere Beziehungen zur UdSSR	14	6

Die höchste Steigerungsrate erzielten (soweit Vergleichswerte vorliegen) die Problembereiche

-Umweltschutz

-Äußere Sicherheit

-Freundschaft zu den USA.

Es zeigt sich, daß gerade die Themenbereiche in letzter Zeit Spitzenpositionen erreichen, in denen der Union eher die Lösung der Probleme zugetraut wird.

Die Arbeit der Hauptabteilung Politik war darauf ausgerichtet, das Problembewußtsein der Bürger in den genannten Themenfeldern zu verstärken, das Versagen der SPD/FDP-Koalition aufzuzeigen und die Lösungsvorschläge der Union bekannt zu machen. Dabei konnte auf die umfassende programmatische Arbeit der Partei in den vergangenen Jahren zurückgegriffen werden. Aufgabe war es in erster Linie, die erreichte Substanz an Sachaussagen auf den Wahlkampf hin zu konzentrieren:

- Im Mittelpunkt der Tätigkeit stand die Betreuung der Arbeiten am Wahlprogramm. Die Viererkommission hatte die Bundesgeschäftsstelle beauftragt, das Wahlprogramm gem. der Beschlüsse der Viererkommission und der Wahlkampfkommission zu formulieren. Insoweit hat die Hauptabteilung Politik die Arbeiten am Wahlprogramm ständig begleitet und die programmatischen Beschlüsse in eine entsprechende Programmsprache umgesetzt.

- Als Argumentationshilfe für die Wahlkämpfer wurde die Reihe "Argumente 80" erstellt:
 Die Bundesrepublik nach 30 Jahren
 Machterhalt statt Politik
 Betrifft: Helmut Schmidt
 Handbuch für die innenpolitische Argumentation.
 Mit diesen Broschüren wurde eine Beurteilung der politischen Entwicklung in den letzten 30 Jahren der Bundesrepublik Deutschland, eine Beschreibung der Konfliktlinien in der SPD/FDP-Koalition, eine Würdigung der Politik des Kanzlers Schmidt anhand seiner eigenen Äußerungen, sowie eine Darstellung der innenpolitischen Probleme entsprechend der Schwerpunktsetzung im Wahlprogramm vorgelegt.

- Das bewährte Informationsmaterial "Zum Thema-Broschüren" und "Argu-Karte" wurde weitgehend überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht.

- Schon bisher - während der Europawahl 1979 wöchentlich - wurden den Kreisgeschäftsstellen aktuelle Flugblatttexte angeboten, die diese nach eigenem Bedarf reproduzieren und vor allem im Straßenwahlkampf einsetzen konnten. Eine gleiche Flugblattreihe wurde für die Bundestagswahl vorbereitet. Die Bedeutung dieses Werbemittels nimmt zu. In einzelnen Fällen erreichte die Auflage über eine Million.

- Mit einer Reihe von Fachkongressen wurde die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf wichtige Probleme und die Lösungsansätze der Union gelenkt.
 Im Oktober 1979 führte die CDU einen Sportkongreß durch, an dem sich namhafte Spitzensportler, die wichtigsten Vertreter der deutschen Sportverbände und namhafte Sportwissenschaftler beteiligen. Die Referate dieses Kongresses werden in Kürze als Taschenbuch erscheinen.

Der Sicherheitspolitische Kongreß der CDU im Januar 1980 hat die Bedeutung hervorgehoben, die die CDU der Außen- und Sicherheitspolitik nicht erst seit dem Überfall der Sowjetunion auf Afghanistan beimißt. Diese Schwerpunktsetzung wurde mit der Außenpolitischen Fachtagung im März 1980 in Bonn fortgeführt. Durch die Anwesenheit namhafter amerikanischer Politiker wurde diese Fachtagung zu einer Demonstration der Solidarität der CDU mit den USA.

-Zum erstenmal wurde für eine Bundestagswahl eine detaillierte und differenzierende Zielgruppenansprache vorbereitet. Insbesondere die Zielgruppen

Jungwähler

Frauen

Arbeitnehmer

Mittelstand

sollen mit geeigneten Maßnahmen angesprochen werden. Die Hauptabteilung Politik hat hierfür die zielgruppen-adäquate Formulierung der politischen Aussagen der Union übernommen. Besondere Beachtung fand in der Öffentlichkeit die von der Hauptabteilung Politik ausgearbeitete Studie "Jugend und Union".

-Verstärkt wurden die Vorstellungen und Argumente der CDU außerdem im vorpolitischen Raum vermittelt. Die Hauptabteilung Politik führte mehrere Fachgespräche mit den Mitarbeitern wichtiger gesellschaftlicher Organisationen - u.a. mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, dem Bundesverband der Deutschen Industrie, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Deutschen Angestelltengewerkschaft, dem Deutschen Bundeswehrverband und den Vertretern der Familien- und Frauenverbänden.

Im Bemühen der CDU, einen Wahlkampf der Sachargumente zu führen, bei dem die überlegene Fähigkeit der Union zur Lösung der Probleme deutlich wird, kommt dem am 19. März 1980 in Bonn abgeschlossenen Wahlkampfabkommen besondere Bedeutung zu. CDU Generalsekretär Dr. Heiner Geißler, von dem die Initiative zu diesem Fairnisabkommen ausgegangen ist, stellte dazu fest: "Wahlkämpfe sind Bestandteil der den Parteien nach dem Grundgesetz obliegende Aufgaben. Nach unserem Grundgesetz geht die Staatsgewalt vom Volke aus; sie wird auch in

Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Auch im Wahlkampf darf der demokratische Grundkonsens und der Konsens über die politischen Werte, die in der Verfassung niedergelegt sind, nicht beschädigt werden. Die politische Gegnerschaft bedeutet nicht Feindschaft. Die Union versteht Wahlkämpfe nicht als Vernichtungsfeldzüge, sondern als Wettbewerb um die besten Ideen und Lösungen."

1. Für Frieden und Freiheit in der Welt

1.1 Sicherheitspolitik

Entsprechend der Aussage des Grundsatzprogramms, daß die Außenpolitik unsere Kraft zunehmend beanspruchen wird, intensivierte die Hauptabteilung Politik die Arbeiten auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik bereits in der ersten Jahreshälfte 1979. In diesem Sinne erschien am 26.4.1979 eine Dokumentation der Bundesgeschäftsstelle mit dem Thema "Frieden und Abrüstung durch eine realistische Sicherheitspolitik."

Sie hatte die Aufgabe, die von der Bevölkerung der CDU zugemessene höhere Sachkompetenz im Bereich Sicherheitspolitik verstärkt in Informationsbemühungen und konkrete Aussagen umzusetzen. Vor allem sollte auch der Behauptung von Herbert Wehner und anderer SPD-Exponenten von der "defensiven" Natur der sowjetischen Politik entschieden entgegen getreten werden.

Die Erklärung des Partei- und Fraktionsvorsitzenden vom 15.6.1979 zur Unterzeichnung von SALT II wurde einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und argumentativ ausgewertet, wobei eine englische Übersetzung in großem Umfange auch den politischen Entscheidungsträgern in den Vereinigten Staaten zugeleitet wurde.

Der Sicherheitspolitische Kongreß, den die CDU am 11./12.1.1980 in Bonn durchführte, wurde in Zusammenarbeit mit dem Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik der CDU durch Informationstexte vorbereitet und durch die Hauptabteilung Politik inhaltlich betreut. Der Kongreß stand unter dem Thema "Freiheit durch Sicherheit: Unsere Verantwortung für die Zukunft". Obwohl bereits im Herbst 1979 geplant, erhielt der Kongreß eine unvorhergesehene

Aktualität dadurch, daß er nur wenige Tage nach dem sowjetischen Überfall auf Afghanistan stattfand. Entsprechend fand er ein von den Veranstaltern in dieser Form nicht erwartetes öffentliches Echo. Die Konferenzräume des Konrad-Adenauer-Hauses wurden durch zusätzliche Bestuhlung bis zur Kapazitätsgrenze genutzt. Die ungewöhnliche Aufmerksamkeit, die der Kongreß, die dort gehaltenen Referate und anschließenden Diskussionen auch in den Medien fanden, zeugt vor der tiefen Beunruhigung der Bürger über das Vorgehen der Sowjets in den Spannungsgebieten der Weltpolitik. Zeitpunkt und Inhalt des Kongresses machten deutlich, daß die Union diese Besorgnisse zeitiger als die anderen Parteien erkannt hatte und eine kompetente, weit-schauende politische Antwort anzubieten hatte. Der Kongreß stand unter Leitung von Dr. Manfred Wörner, die hauptsächlichen Referate wurden von Ministerpräsident Dr. Franz Josef Strauß, Dr. Heiner Geißler, Dr. Alfred Dregger und Dr. Alois Mertens gehalten.

Aus amerikanischer Sicht sprach US-Senator William S. Cohen. Die wichtigsten Reden sind in einer Broschüre "Freiheit durch Sicherheit: Sicherheits-politischer Kongreß der CDU am 11./12. Januar 1980 in Bonn" festgehalten. Eine vollständige Dokumentation der Reden und Debatten des Kongresses erscheint in Kürze als Taschenbuch.

Neben dem Sicherheitspolitischen Kongreß fand vor allem das "Hearing zur sozialen Lage der Angehörigen der Bundeswehr" am 22. Juni 79 in Bonn besondere Beachtung. In der Folge legt die CDU eine Vielzahl von Verbesserungsvorschlägen zum Beförderungs- und Verwendungsstau vor.

Eine weitere Redebroschüre mit dem Titel "Der sowjetische Überfall auf Afghanistan-Konsequenzen für die freie Welt" gibt sicherheitspolitische Reden von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß vor dem Deutschen Bundestag wider. Die darin enthaltene und weitere Reden von Dr. Helmut Kohl wurden in englischer und französischer Sprache auch einem weiteren interessierten Publikum im Ausland zugänglich gemacht.

Entsprechend der gerade von der CDU gesehenen Prioritäten ist die Sicherheitspolitik zu einem wichtigen Thema der multilateralen Parteilzusammenarbeit geworden.

Sowohl der EDU-Ausschuß für "Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa", als auch ein Ausschuß "Verteidigungspolitik der EVP" beschäftigten sich unter deutscher Leitung mit den sicherheitspolitischen Fragen.

Eine Reihe regelmäßiger Besprechungen wurden sowohl zwischen der französischen UDF und der CDU als auch zwischen den britischen Konservativen und der CDU geführt. Die deutsch/französischen Besprechungen fanden am 5. Oktober 1979 in Paris, die deutsch/britischen am 6. März 1980 in Bonn statt. Die CDU-Delegation wurde in beiden Fällen von Herrn Dr. Manfred Wörner geleitet.

Zu bilateralen Parteibesprechungen über wichtige sicherheitspolitische Fragen kam es auch mit den niederländischen christlichen Demokraten, die im Oktober 1979 und im Februar 1980 mit einer größeren Delegation des Parteivorstandes nach Bonn kamen. In allen genannten Fällen wurde eine Fortsetzung des verteidigungspolitischen Dialogs vereinbart.

1.2 Außenpolitik

Die CDU hat in Erkenntnis der außenpolitischen Anforderungen, die auf die Bundesrepublik Deutschland und Europa in den 80er Jahren zukommen, bereits frühzeitig einen Schwerpunkt auf dieses Arbeitsgebiet gelegt.

Eine Außenpolitische Fachtagung mit dem Titel "Frieden in Freiheit sichern" fand am 4. und 5. März 1980 statt und wurde in der Tages- und Fachpresse als großangelegte und voll gelungene Bemühung der CDU verstanden, den außenpolitischen Bedrohungen unserer Zeit ein geschlossenes Konzept deutscher Außenpolitik entgegenzustellen und damit unmittelbar an die große Tradition der Politik Konrad Adenauers anzuknüpfen.

Im Mittelpunkt der Tagung stand das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten; durch die Referate und Diskussionen ging der Ruf nach einer Solidarität der Tat mit dem großen westlichen Allianzpartner als hauptsächliche Folgerung aus der augenblicklichen Weltlage. Die wissenschaftlichen Analysen der Außenpolitischen Fachtagung geben einen wesentlichen Rahmen für die außenpolitische Argumentation der CDU im bevorstehenden Bundestagswahlkampf ab.

Die Solidarität der CDU mit den USA wird auch aus ihrer entschiedenen Haltung in der Frage der Teilnahme deutscher Sportler an den Olympischen Spielen in Moskau deutlich. Während die SPD/FDP-Koalition sich in eine Taktik des Lawierens, des Verzögerns und Hinhaltens flüchtet, nahm die CDU ohne Zögern eine klare Haltung ein.

Das Präsidium forderte am 21. Januar 1980 in einem einstimmigen Beschluß die Organisation des deutschen Sports auf, nicht an der Olympiade in Moskau teilzunehmen, solange sowjetische Truppen in Afghanistan kämpfen. Dieser Beschluß wurde am 28. Januar durch den Bundesvorstand bekräftigt.

Die Hauptabteilung Politik trug dazu bei, diese klare Haltung der Bevölkerung zu vermitteln. Sie führte eine Flugblattaktion durch, die unter der Überschrift stand "Olympia ist wichtig, aber wichtiger sind Frieden und Freiheit" und die sehr erfolgreich verlief. Das Flugblatt wurde innerhalb einer Woche von freiwilligen Helfern in über 1 Million Exemplaren vor Werkstoren, an Info-Ständen und durch Hauswurfsendungen verteilt. Die CDU hat nicht nur ihre Meinung verbreitet, sondern auch mit den Betroffenen diskutiert. Am 30. Januar trafen sich in Bonn Spitzensportler aus dem Arbeitskreis Leistungssport der CDU und Mitglieder des Bundesfachausschusses Sport mit Generalsekretär Heiner Geißler zu einem intensiven Meinungsaustausch. Gespräche zwischen Politikern und Sportlern sowie Podiumsdiskussionen über Olympiade 1980 fanden auch auf Landes- und Kreisebene statt.

Der Zusammenschluß der christlich demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, die Europäische Volkspartei, hat während des Europawahlkampfes eine bedeutende Rolle gespielt. Das gemeinsame Vorgehen der europäischen christlichen Demokraten in der Wahl wirkte auch für die CDU positiv.

Die EVP hat sich mit ihren gemeinsamen, von allen christlich demokratischen Parteien der Gemeinschaft verabschiedeten und vertetenen Programmen als ein beachtliches Instrument der Wahlkampfführung erwiesen. Die Aufgabenstellung der EVP hat jedoch auch nach der Europawahl nicht an Bedeutung verloren.

Im Gegenteil, in der Phase nach den Europawahlen hat sich die EVP als ein besonderes Bindeglied zwischen den Mitgliedsparteien und der Tätigkeit des

Europäischen Parlaments herausgestellt. Gemeinsam mit ihren Partnerparteien formuliert die CDU im Rahmen der Sitzung des Politischen Bureaus der EVP heute ihre europapolitischen Positionen, die dann im Europäischen Parlament von der EVP-Fraktion umgesetzt werden. Auf Initiative der CDU sind in der EVP eine Reihe von Resolutionen zu den anstehenden europapolitischen Fragen, aber auch zu Menschenrechtsfragen und zum Beispiel zu Fragen der Entwicklung in Lateinamerika eingebracht und vertreten worden. Gerade im Hinblick auf die nächsten Europawahlen sind auf Initiative von EVP-Präsident Tindemans mit Unterstützung des CDU-Vorsitzenden Dr. Kohl Versuche eingeleitet worden, die Arbeit der EVP weiter zu straffen und in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Das Politische Bureau der EVP tritt seither in regelmäßigen Abständen auf der Ebene der Parteiführer zusammen.

In der Berichtszeit hat sich die Europäische Demokratische Union erfreulicherweise konsolidiert. Die Arbeitsergebnisse des ersten Arbeitsjahres 1978/79 sind auch in der Öffentlichkeit weit beachtet worden. Die Parteiführerkonferenz 1979 in London erhielt durch die aktive Mitwirkung der soeben gewählten britischen Ministerpräsidentin Margaret Thatcher besonderen Glanz; von deutscher Seite nahm Ernst Albrecht, Franz Josef Strauß, Walther Leisler Kiep und Kai-Uwe von Hassel teil. Ministerpräsident Albrecht ist auch für das Geschäftsjahr 1979/80 mit der Leitung der Unterkommission "Europäische Strukturen" beauftragt worden. Die Europäische Demokratische Union arbeitet in ihren Unterkommissionen ferner an den Themen "Familienpolitik", "Wirtschaft, Staat, Gesellschaft", "Terrorismus", "Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa", und an einer Gesamtanalyse der "Europäischen Linken".

Die Arbeitsergebnisse der sechs Unterausschüsse sollen in der Parteiführerkonferenz 1980 zur Verabschiedung vorgelegt werden, die am 11./12.7. in Schloß Klessheim zusammentritt.

1.3 Deutschlandpolitik

Die Frage nach der Zukunft unseres geteilten Landes ist wieder verstärkt in das nationale und internationale Bewußtsein getreten. Mehr als in früheren Abschnitten der Nachkriegsgeschichte ist deutlich geworden, daß die Frage nach der Freiheit der ganzen deutschen Nation ein Grundproblem europäischer Politik ist, und daß die von der SPD/FDP-Regierung betriebene Deutschlandpolitik uns der Überwindung der deutschen Teilung nicht näher gebracht hat.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat die Deutsche Frage in der Berichtsperiode vornehmlich unter zwei Aspekten behandelt: unter dem Aspekt der Menschenrechte im ganzen Deutschland, und unter dem Aspekt der bleibenden Offenheit der Deutschen Frage.

Am 20. November 1979 hat im Konrad-Adenauer-Haus ein deutschlandpolitisches Symposium unter dem Titel "Die offene Deutsche Frage" stattgefunden, das unter der Leitung von Dr. Richard von Weizsäcker stand. Politiker, Wissenschaftler und Journalisten diskutieren auf der Basis eines völkerrechtlichen und eines politisch-wissenschaftlichen Gutachtens. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat die Tonbandaufzeichnung des Symposiums unter dem Titel "Die offene Deutsche Frage" in ihrer Veröffentlichungsserie "Dokumente zur Deutschlandpolitik" herausgegeben.

Schon im Jahre 1979 hat sich als nützlich erwiesen, alle deutschlandpolitischen Erklärungen von CDU-Spitzenpolitikern während der Jahre 1977/78 noch einmal rückblickend in einer Dokumentation zusammenzustellen. Das gleiche Verfahren ist während der Berichtszeit angewendet worden. Ebenfalls in der Veröffentlichungsserie "Dokumente zur Deutschlandpolitik" sind alle wichtigen Initiativen, Stellungnahmen und Dokumente zur Deutschlandpolitik des Jahres 1979 in einem besonderen Dokumentenbande mit dem Titel "Menschenrechte für alle Deutschen" zusammengestellt worden.

1.4 Auswärtige Beziehungen der CDU

Im Bericht der Bundesgeschäftsstelle für den 27. Parteitag ist das Konzept der CDU für die Gestaltung der transnationalen Parteienzusammenarbeit im Zusammenhang dargestellt worden.

Auch in der jetzigen Berichtszeit hat sich bestätigt, daß die transnationale Parteienzusammenarbeit heute immer mehr zu einem bedeutenden Arbeitsinstrument politischer Parteien geworden ist und inzwischen eine eigenständige Dimension der Außenpolitik unterhalb des diplomatischen Verkehrs der Regierungen bildet. Das Potential der auswärtigen Parteibeziehungen kann - dies hat sich in der Berichtszeit erwiesen - mit besonderem Gewinn von einer großen demokratischen Partei genutzt werden, die in der Opposition ist, und der deshalb die operative Mitwirkung in der Außenpolitik auf der Regierungsebene versagt ist.

Die Berichtszeit hat im übrigen dazu gedient, das in den Jahren 1977/78 entwickelte Konzept der internationalen Parteienzusammenarbeit weiter auszuformen. Noch deutlicher als in der Vorperiode ist die multilaterale Parteienzusammenarbeit dabei von der "Doppelstrategie" einer Zusammenarbeit der christlich-demokratischen Parteien in Europa und in der Welt, und dem Versuch einer Zusammenführung der Parteien der Mitte auch über den engeren Kreis der christlich demokratischen Parteien hinaus charakterisiert gewesen. Neben die multilateralen Unternehmungen ist ein noch engeres Netz bilateraler Parteienbeziehungen getreten.

Eine Abrundung des bilateralen Kontaktnetzes konnte zunächst im europäischen/mediterranen Raum erreicht werden. Im Vordergrund stand dabei die Knüpfung eines engen bilateralen Arbeitsverhältnisses zur türkischen Gerechtigkeitspartei von Ministerpräsident Demirel. Einem ersten Arbeitsbesuch einer CDU-Delegation unter Leitung des Bundestagsabgeordneten Dr. Hans Edgar Jahn im April 1979 folgte ein türkischer Gegenbesuch unter Leitung von Generalsekretär Dr. Nuri Bayar im September 1979. Mit Zustimmung der Parteiführung

wurde ein konkretes Zusammenarbeitsprogramm vereinbart, in dessen Ausführung bereits Seminarveranstaltungen, Besuche, eine intensivierete gemeinsame Betreuung der türkischen Gastarbeiter in Deutschland und Ausbildungsmaßnahmen für Vertreter der Gerechtigkeitspartei vorgesehen wurden. Ein erneuter Besuch einer CDU-Delegation unter Leitung von Generalsekretär Dr. Geißler in Ankara im Februar 1980 hat die Zusammenarbeit weitergeführt und dazu beigetragen, auch in der deutschen und türkischen Öffentlichkeit das Bewußtsein von einem engen Zusammengehörigkeitsgefühl der beiden Parteien zu verstärken. Zwischen den beiden Parteien ist enger Meinungsaustrausch und Besucher-verkehr angelaufen.

Gleichzeitig wurde das Verhältnis zur zypriotischen konservativen Partei, der Democratic Rally intensiviert; nicht zuletzt auf Betreiben der CDU gelang die Aufnahme der Democratic Rally in die Europäische Union Christlicher Demokraten. Die Europäische Union Christlicher Demokraten unter Leitung ihres Präsidenten, Kai-Uwe von Hassel, besuchte im Februar auf Einladung der ägyptischen National Democratic Party Ägypten und unterbreitete Vorschläge für eine Zusammenarbeit, zu denen allerdings eine endgültige Beschlußfassung noch aussteht.

Erstmals wurde die Einladung zu einem Parteikongreß der tunesischen Destour Partei angenommen, die seither ein lebhaftes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der CDU bezeugt.

Im März 1980 stattete eine Delegation der größten marokkanischen Regierungspartei, des Rassemblement, Ministerpräsident a.D. Ahmed Osman auf Einladung von Herrn Dr. Helmut Kohl der CDU einen Besuch ab. Im Laufe dieses Besuches wurde ein gemeinsames Kommuniqué angenommen, das eine weitreichende Zusammenarbeit der beiden Parteien und darüber hinaus eine grundsätzliche Erörterung der Zusammenarbeit zwischen christlichen und islamischen Parteien vorsieht.

Die CDU hat mit diesen neuen Kontaktbemühungen gezeigt, daß sie über den Kreis der christlich demokratischen Parteien hinaus auch in die islamische Welt hinein Bindungen sucht und mit einer Zusammenarbeit der großen, von den monotheistischen Religionen inspirierten Parteien dem Vordringen atheis-tischer und materialistischer Ideologien Einhalt gebieten will.

Eine weitere erfreuliche Intensivierung der Beziehungen ergab sich zur französischen Union pour la Démocratie Française, deren Generaldelegierter Michel Pinton der CDU einen Besuch abstattete, und zur spanischen Union de Centro Democratico. Die verstärkten Parteibeziehungen mit uns verwandten Parteien in Südeuropa erfuhren im Dezember 1979 eine erfreuliche Bestärkung und Genugtung durch den Wahlsieg der Demokratischen Allianz, in der die christlichen Demokraten Portugals, das Centro Democratico Social, CDS, als bedeutende politische Kraft vertreten war. Mit dem Vorsitzenden des CDS, Professor Freitas do Amaral, stellen sie heute den portugiesischen Außenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Über die vielfachen engen Kontakte mit den niederländischen Christlichen Demokraten wurde bereits im Abschnitt Verteidigungspolitik berichtet. Desgleichen trug der Besuch von Kaore Willoch, dem Vorsitzenden der HØYRE-Fraktion in Norwegen, der im September 1979 Bonn besuchte, zur Vertiefung der beiderseitigen Beziehungen bei. Weiter gefestigt wurden die Bindungen zur Progressive Conservative Party in Kanada. Eine Delegation der CDU unter Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dr. Dregger nahm eine gleichzeitig von der Progressive Conservative Party und der von ihr gestellten kanadischen Regierung ausgegangenen Einladung zu einem Besuch im Oktober 1979 an.

Die Schaffung einer gemeinsamen, die Auslandsarbeit steuernden Stiftung der beiden großen amerikanischen Parteien, der American Political Foundation, erlaubte es - trotz der verschiedenen Struktur der amerikanischen Parteien -

die Verbindungen zu den Republikanern und Demokraten weiter auszubauen. Eine Ergänzung erfuhren diese Verbindungen zu den beiden grossen amerikanischen Parteien durch eine Intensivierung des Dialogs mit führenden politischen Beamten der amerikanischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Über den parteipolitischen Rahmen hinaus trägt ein derartiger Meinungs-austausch mit dazu bei, das Bild unseres Landes gegenüber unserem wichtigsten Partner in der westlichen Welt ausgewogen und unverzerrt darzustellen.

Erste Kontakte wurden zur neuseeländischen Nationalist Party aufgenommen, deren Generalsekretär die CDU im Mai 1979 besuchte.

Es ist ein Charakteristikum der Berichtszeit, daß sich die Parteiführung unmittelbar stärker in die Auslandsarbeit eingeschaltet hat. Entsprechend der im CDU-Bundespräsidium vorgenommenen Arbeitsteilung hat sich der Parteivorsitzende den Fragen der transnationalen Parteizusammenarbeit persönlich zugewandt. Herr Dr. Kohl hat dabei auch die Leitung des schon bisher bestehenden Koordinationsausschusses Auslandsarbeit übernommen. Der Parteivorsitzende hat im Februar 1980 die CDU beim 14. Kongreß der italienischen Democrazia Cristiana vertreten und dort in einer auch international vielbeachteten Rede Grundsätze der CDU zur europäischen Politik nach der Invasion Afghanistans und zum Verhältnis zu eurokommunistischen Parteien formuliert. Ebenfalls nahm er Ende Februar 1980 am Kongreß des französischen CDS in Straßburg teil.

2. Politik für die Zukunft

2.1 Der Generationenvertrag

Im Berichtszeitraum wurde zunehmend deutlich, daß die Bedrohung des Generationenvertrages als Folge des Geburtenrückganges und die Festigung und Unterstützung der Familien eine herausragende Rolle spielen würden. Die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle mußte deshalb diesen Zukunftsproblemen besondere Aufmerksamkeit schenken.

Die Hauptabteilung Politik hat folgende Initiativen auf dem Gebiet der Familienpolitik ergriffen:

- Eine Bilanz der kinder- und familienfreundlichen Politik der CDU in den Bundesländern wurde in der Broschüre "Kinder - Freude und Verantwortung" zusammengestellt, die die Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU, Frau Dr. Helga Wex, am 19 Juli 1979 der Öffentlichkeit vorstellte. Verbesserungen für Kinder und ihre Familien konnten nämlich vor allem dort erreicht werden, wo die CDU in der Regierungsverantwortung steht.
- Die Einbringung eines Gesetzentwurfes Familiengeld von Abgeordneten der CDU im Deutschen Bundestag am 13. März 1979 wurde von der Bundesgeschäftsstelle der CDU begleitet mit der Aktion "CDU-Familieninitiative - Wir fordern das Familiengeld. Damit Eltern Zeit für ihre Kinder haben." Im Rahmen dieser Initiative wurde eine bundesweite Flugblattaktion durchgeführt, die Informationsbroschüre "Familiengeld" verteilt und der Gesetzentwurf Familiengeld an Frauen- und Familienverbände und an die interessierte Öffentlichkeit mit einem Begleitschreiben von Generalsekretär Dr. Geißler versandt.
- Am 19. April 1979 und erneut am 24. April 1980 trafen auf Einladung der Bundesgeschäftsstelle der CDU Vertreter von Frauen- und Familienverbänden mit Abgeordneten der CDU zu einem Gespräch über familienpolitische Fragen im Konrad-Adenauer-Haus zusammen.
- Unter der Leitung von Generalsekretär Dr. Geißler wurde von einer paritätisch mit Mitgliedern der CDU und CSU besetzten Kommission ein Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens und ein Thesenpapier zur Familienpolitik erarbeitet, deren Inhalte in das Wahlprogramm der Union eingegangen sind. Familienpolitik ist nicht Frauenpolitik und Politik für die Frau ist nicht allein Familienpolitik. Familienpolitik und Politik für die Frau stehen aber in einem unauflöslchen Zusammenhang.

Das Jahr der Europawahl war ein geeigneter Anlaß, auch im Bereich der Politik für die Frauen über die engen nationalen Grenzen hinauszuschauen und die Aufgaben mit den befreundeten Parteien gemeinsam anzugehen. Die CDU hat daher ihre

seit Jahren gute und enge Zusammenarbeit mit den christlich demokratischen und konservativen Parteien Europas im letzten Jahr durch folgende Maßnahmen verstärkt:

-Europa braucht die Frauen - Weil Politik ohne die Frauen auch in Europa nur eine halbe Sache ist (CDU-Dokumentation zur Europawahl)

-13. Generalversammlung der Europäischen Frauen-Union (EFU) vom 22.-29. Juli 1979 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn
Motto: Kinder - Unsere Zukunft.

Angesichts des Rentenbetrugs von Bundeskanzler Schmidt besitzt die klare Rentenpolitik der CDU besondere Bedeutung. Bestand kann der Generationenvertrag nur haben, wenn sich die Menschen heute darauf verlassen können, daß die nachfolgende Generation ihnen morgen die Altersversorgung sichert.

Die Wahlkampfkommission der Union hat eine paritätisch aus Mitgliedern der CDU und CSU besetzte Kommission beauftragt, ein Konzept zur Rentenreform 1984 zu erarbeiten. Dieses Konzept hat Eingang gefunden in die Wahlkampfplattform.

Ferner hat die Bundesgeschäftsstelle der CDU in Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 22. Februar 1980 eine Dokumentation "SPD und Einheitsrente" vorgelegt. Anlaß dafür waren die Pläne der Wehner-Kommission zur "Rentenreform 1984", die mit der Einführung einer "Mindestrente" einen entscheidenden Schritt zur Veränderung des leistungsbezogenen Rentensystems vorsahen. In der Dokumentation "SPD und Einheitsrente" wurde nachgewiesen, daß die SPD von Anfang an dem von der CDU/CSU durchgesetzten leistungsbezogenen, dynamischen Alterssicherungssystem (Rentenreform 1957) immer skeptisch gegenübergestanden hat und weiterhin eine Nivellierung der Renten anstrebt.

Der Sozialstaat ist teurer, nicht aber effizienter geworden. 10 Jahre Sozialpolitik der SPD bilden einen überschaubaren Zeitraum für eine Bilanz. Die Bundesgeschäftsstelle der CDU hat deshalb im Jahre 1979 eine Analyse "Sozialpolitische Versprechen und Leistungsansprüche der SPD" erarbeitet, die der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sozialpolitik, Herr Müller (Remscheid)

am 18.10.1979 gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Sozialausschüsse, Herrn Dr. Blüm der Presse vorstellte (vgl. auch zum Thema-Broschüre "SPD-Sozialpolitik - Mehr Soll als Haben").

Der 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen hatte beschlossen, sich der besonderen Anliegen älterer Mitbürger anzunehmen und die Voraussetzungen für eine institutionelle Integrierung in die Partei zu überprüfen. In Ausführung des Beschlusses des 26. Bundesparteitages 1978 führt die Bundesgeschäftsstelle der CDU im Jahre 1980 differenzierte Modellversuche mit den Landes- und Kreisverbänden durch, um gesicherte Grundlagen für eine langfristige, dauerhafte und zukunftsorientierte Seniorenarbeit der CDU auf allen Ebenen der Partei zu gewinnen. Der Modellversuch soll Ende 1980 abgeschlossen werden. Ein monatlicher Rundbrief mit dem Titel "Standpunkt" wird die Seniorenarbeit begleiten, erstmals herausgegeben im Februar 1980.

2.2 Soziale Marktwirtschaft

In der ordnungspolitischen Diskussion der letzten Jahre hat sich die Kritik am marktwirtschaftlichen System immer stärker darauf konzentriert, wie bei den Problemen im Energie-, Rohstoff- und Umweltbereich und angesichts abnehmender Wachstumsperspektiven unser Wirtschaftssystem am zweckmäßigsten zu organisieren sei.

Die CDU hat sich dieser Diskussion als Partei der Sozialen Marktwirtschaft gestellt. Ausgehend von ihrer ordnungspolitischen Tradition, deren Grundlegung in den "Düsseldorfer Leitsätzen" vom 15. Juli 1949 erfolgte, hat sie deutlich gemacht, daß nur im System der Sozialen Marktwirtschaft eine humane, soziale und freiheitliche Lösung unserer Zukunftsprobleme möglich ist.

Der Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik der CDU hat in 2jähriger Arbeit ein Wirtschaftspolitisches Programm erstellt, in dem die im Grundsatzprogramm genannten Ordnungselemente konkretisiert werden. Unter dem Titel "Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik" ist dieses wirtschaftspolitische Programm der CDU vom Bundesausschuß am 6. September 1979

beschlossen worden, nachdem es dem Präsidium und Bundesvorstand der CDU zur Beratung vorgelegen hat.

Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt sind nach wie vor gravierend. 1980 wird das sechste Jahr sein, in dem fast eine Million Menschen arbeitslos sind. Gleichzeitig entwickelte sich ein immer größerer Kern von Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Diese Problemgruppen machen einen immer größeren Anteil der Arbeitslosen aus und gleichzeitig nimmt die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit zu.

Während die SPD das Problem der Arbeitslosigkeit verharmlost, hat die CDU mit der Vorlage ihres Wirtschaftspolitischen Programms ausführliche und konkrete Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit gemacht. In Ergänzung der Aussagen des Wirtschaftspolitischen Programms der CDU zur Arbeitsmarktpolitik hat der Bundesfachausschuß Sozialpolitik der CDU Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Arbeitsförderungsgesetzes erarbeitet, die unter dem Titel "Weiterentwicklung des Arbeitsförderungsgesetzes zum Instrument einer zukunftsorientierten Arbeitsmarktpolitik" am 25. März 1980 der Presse vorgestellt wurden. Durch diese Empfehlungen soll gewährleistet werden, daß das von der Union geschaffene Arbeitsförderungsgesetz auch unter schwierigen Arbeitsmarktbedingungen den Erfordernissen einer zukunftsorientierten und leistungsfähigen Arbeitsmarktpolitik optimal angepaßt wird.

Im Berichtszeitraum hat die CDU ebenfalls eine ausführliche Analyse zur Lebenssituation der Arbeitslosen und zu den sozialen Folgekosten der Arbeitslosigkeit erarbeitet. Diese Ausarbeitung wurde unter dem Titel "Arbeitslos" am 18. Oktober 1979 der Presse vorgestellt.

Im Unterausschuß "Wirtschaft, Staat und Gesellschaft" der Europäischen Demokratischen Union (EDU) hat die CDU gemeinsam mit anderen Mitgliedern der EDU einen Maßnahmenkatalog zur Jugendarbeitslosigkeit und zur Beschäftigungspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft erarbeitet.

Das Energiepolitische Programm der CDU ist 1980 so richtig, so aktuell und so schlüssig wie 1977. Das Bestreben der Bundesgeschäftsstelle im Berichtszeitraum war, einen politischen Gleichklang in der Energiepolitik mit den

anderen christlich demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft zu erzielen.

Im Juni 1979 hat die EVP eine Arbeitsgruppe "Energie" gegründet. Den Anstoß dazu hatte eine Initiative der CDU gegeben; Generalsekretär Dr. Geißler hatte den Mitgliedsparteien der EVP vorgeschlagen, sich angesichts des Reaktorunfalls in Harrisburg gemeinsam der Frage der Reaktorsicherheit anzunehmen. Das politische Büro der EVP hatte diesen Gedanken aufgegriffen und das Mandat der neuen Gruppe auf alle Energiefragen, einschließlich der Kernenergie, erweitert.

Die Steuern und Sozialabgaben stiegen von 1970 bis 1978 fast doppelt so schnell wie die Bruttolöhne und Gehälter. Von jeder zusätzlich verdienten Mark muß der Arbeitnehmer heute die Hälfte an Lohnsteuer und Sozialabgaben abführen.

Trotz der zum 1.1.1979 in Kraft getretenen letzten Tarifkorrektur mit einem Entlastungsvolumen von fast 10 Milliarden DM weist das Einkommen- und Lohnsteueraufkommen auch 1979 eine weitere steigende Tendenz auf.

Während SPD und FDP immer noch darüber zerstritten waren, welche Vorschläge für die Steuerentlastungen des Jahres 1981 vorlegen wollten, hat die Union am 12. Dezember 1979 ihr Steuerentlastungsprogramm für 1981 vorgestellt. Danach haben folgende Ziele Vorrang:

1. Die vor allem im geltenden Einkommensteuer- und Lohnsteuertarif begründete Automatik der heimlichen Steuererhöhungen muß durch eine Tarifkorrektur beseitigt werden.
2. Das Steuerrecht muß im Zusammenhang mit der Kindergeldregelung wesentlich stärker als bisher für eine Förderung der Familien mit Kindern eingesetzt werden.
3. Die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Investitionstätigkeit der Wirtschaft müssen, insbesondere durch einen Abbau der ertragsunabhängigen Besteuerungselemente, verbessert werden.

2.3 Recht und Freiheit

Unser Recht ist im Laufe der Zeit immer komplizierter geworden. Der Bürger versteht oftmals sein Recht nicht mehr. Besonders die Gerichtsverfahren dauern zu lang und sind für ihn unübersichtlich.

Der BACDJ hat sich mit der langen Dauer von Gerichtsverfahren bei Streitigkeiten des Bürgers mit dem Staat befaßt und am 20.12.1979 Thesen zur Beschleunigung und Vereinheitlichung der Verfahren in den öffentlich-rechtlichen Gerichtsverfahren vorgelegt. Die gebotene Vereinheitlichung der Verfahren soll dem Bürger schneller und wirksamer zu seinem Recht verhelfen. Es sollen die gleichen Rechtsregeln gelten, wenn der Bürger eine Baugenehmigung erstrebt, einen Steuerbescheid anfechtet oder einen Rentenanspruch durchsetzen will.

Darüber hinaus haben der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen und der Arbeitskreis Juristen der CSU auf ihrer gemeinsamen Mitgliederversammlung am 21. Februar 1980 die "Karlsruher Erklärung zur Rechtspolitik" verabschiedet, die 10 Schwerpunkte für die Rechtspolitik der Union in den kommenden Jahren festgelegt. Die Erklärung knüpft an die Rechtspolitischen Kongresse an, die die Union in den Jahren 1975 und 1978 unter dem Leitthema "Recht sichert die Freiheit" durchgeführt hat. In der Erklärung wird hervorgehoben, daß Freiheits-sicherung durch Recht zukunftsweisende Hauptaufgabe unserer Rechtspolitik bleibt.

Im Oktober 1979 hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine kritische Bilanz zu zehn Jahren SPD-Rechtspolitik vorgelegt. Zugleich hat sie die Ergebnisse und Initiativen der Rechtspolitik der Union in der Regierung und in der Opposition seit Begründung der Bundesrepublik Deutschland vorgestellt. Diese Bilanz zeigt: Es war die Union, die die Fundamente für eine tragfähige Rechtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland gelegt hat.

In den letzten Monaten hat die erschreckende Zunahme der Rauschgifttoten von 430 im Jahre 1978 auf über 600 im Jahre 1979 die öffentliche Diskussion bewegt. Bereits im Mai 1979 hat der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Akademie Eichholz eine wissenschaftliche Fachtagung zu den Ursachen und der Bekämpfung der Rauschgiftsucht und -kriminalität durchgeführt. Als Ergebnis dieser Fachtagung haben Mitglieder des Bundesfachausschusses und Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen umfassenden Antrag zur Rauschgiftbekämpfung erarbeitet, den die Bundestagsfraktion im Oktober im Bundestag eingebracht hat.

Die Bevölkerung ist insgesamt über die immer weiter ansteigende Kriminalität beunruhigt. Die Aufklärungsquote hingegen sinkt. Auch die Gefahr, die vom Terrorismus ausgeht, besteht weiter. Um die Parteimitglieder über die umfassenden Vorschläge der CDU zur Bekämpfung der steigenden Kriminalität und des Terrorismus zu informieren, hat die Bundesgeschäftsstelle verschiedene Hilfen erstellt, u.a. ist in der Reihe "Zum Thema" eine neue Broschüre erschienen.

Die CDU hat mit ihrem Bundesparteitagsbeschluß von 1979 erneut ihre klare Haltung zur Fernhaltung von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst deutlich gemacht. Die Bundesgeschäftsstelle hat in einer Broschüre in der Reihe "Zum Thema" die Parteimitglieder über die Haltung der Union und von SPD/FDP in der Extremistenfrage informiert.

3. Fortschritt mit menschlichem Gesicht

3.1 Jugend und Schule

Bei der Europawahl 1979 wählten 10,4 % der 18 - 24-jährigen die "Grünen". In diesem Prozentsatz spiegelt sich nicht nur ein geschärftes Bewußtsein den Jugenwähler gegenüber traditionellen Bereichen des Umweltschutzes - Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung oder Naturschutz - wider, sondern ein starkes Verlangen nach mehr Qualität statt Quantität in den politischen Zielen. Nach der Verabschiedung des Grundsatzprogramms ist gerade die CDU geistig dazu gerüstet, Fragen der Jugend nach qualitativen, wertorientierten politischen Zielen zu beantworten. Wenn die CDU mehr als bisher diese Jungwähler gewinnen will, muß sie ihre Anstrengungen verstärken, den Jungwählern ihre Programmatik zu verdeutlichen. Diesem Ziel dient die Zielgruppenkampagne "Jugend" der Bundesgeschäftsstelle, die unter dem Motto "Jugendinfo '80" steht.

Um für die Wahlauseinandersetzung, insbesondere für jeden einzelnen Wahlkämpfer, optimale Voraussetzungen zu schaffen, wurde eine Studie "Jugend und Union" über das Wahlverhalten der jungen Generation und ihr Verhältnis zur CDU erarbeitet. Die Studie gibt außerdem Hinweise für die Ansprache von Jugendlichen und zeigt die Schwerpunkte in der politischen Ansprache auf.

Im Rahmen des von der CDU konzipierten gruppenspezifischen Wahlkampfes sollen die Ergebnisse der Studie in eine wirkungswolle Ansprache an die jungen Bürger umgesetzt werden.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat ein Konzept zur Ansprache der jungen Wähler entwickelt, in dessen Mittelpunkt der Jugendkongreß am 31. Mai in Mainz stehen wird.

Die Ansprache der jungen Mitbürger muß dabei auf drei Besonderheiten Rücksicht nehmen:

- Junge Menschen sind idealistisch, sie sind bereit, Sachzwänge auszuklammern.

- Junge Menschen sind nicht immer vollständig informiert.
- Junge Menschen reagieren besonders aufgrund ihrer lokalen Erfahrungen und Erlebnisse.

Die Folge für den einzelnen Wahlkämpfer muß sein, die CDU als glaubhaft darzustellen, die Politik argumentativ darzulegen und weitgehend auf Polemik zu verzichten, um die Mitarbeit junger Menschen zu werben, die Partei nicht als allwissend darzustellen. Die von der CDU vorbereitete Jugendkampagne ist dabei keine Frage der Taktik, sondern der Versuch, eine neue Form der Ansprache zu finden. Wer mit den jungen Menschen reden will, muß das Programm und die Grundwerte in einer Sprache überzeugend an die Jungwähler herantragen, die ihnen auch verständlich ist.

Wie die Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren zeigte - Jugendreligionen, Rauschgift, Alkoholkonsum, Verweigerung - wollen junge Menschen nicht mit ihren Zweifeln allein gelassen werden, vielmehr sind sie bereit, sich zu engagieren. Die CDU muß in ihrer Sacharbeit diese Bereitschaft zum Engagement für sich nutzen, sie muß Ziele anbieten, die ein sinnvolles und inhaltsreiches Leben ermöglichen. Wer nicht bereit ist, das Engagement aufzunehmen und Ziele zu nennen, überläßt junge Menschen einem ungewissen Schicksal. Andere werden in solche Lücken stoßen.

Dies ist ein Grund, aus dem sich die CDU im vergangenen Jahr ausführlich der bildungspolitischen, inhaltlichen Diskussion gewidmet hat. Der Bildungsauftrag des öffentlichen Bildungswesens muß deutlich durch einen Erziehungsauftrag ergänzt werden. Die Diskussion über diese Fragen führten zur Vorbereitung von "Schulpolitischen Leitsätzen" durch den Bundesfachausschuß Kulturpolitik. Darin wird deutlich formuliert - und hier wurde ein Gegengewicht zu einem unverbindlichen Bildungskanon entwickelt - , daß Bildungs- und Erziehungsziele den Werten und Normen der freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung verpflichtet sein müssen. Eine hierauf beruhende Bildung muß zum Bejahen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates führen, der das Recht des einzelnen vor totalitären Ansprüchen schützt, einen staats- und politikfreien Raum sichert, persönliche Freiheit gegenüber dem Einzel- und Gruppeninteresse der Gesellschaft gewährleistet und verlangt, die Freiheit des Mitbürgers zu achten.

Eng verbunden mit der Engagementsbereitschaft junger Menschen ist das Problem der Leistung. Wie im Bildungsbereich, wo der Leistungsaspekt nach den individuellen Fähigkeiten und Neigungen durchaus abgestuft behandelt werden muß, so ist es im Bereich des Sportes. Das von der CDU veranstaltete Hearing "Kinder im Hochleistungssport" brachte unter diesem Gesichtspunkt für die Entwicklung des Leistungssports und des Schulsports neue, wichtige Erkenntnisse. Der Sportkongreß, den die CDU im Oktober 1979 veranstaltete, rundete die Bemühungen ab, in einem wichtigen gesellschaftspolitischen Feld, die Leistung in einer an grundsätzlichen Werten orientierten Politik zu verdeutlichen.

Die Erkenntnisse aus diesen vielbeachteten sportpolitischen Veranstaltungen sind eingegangen in die aktualisierte Fassung des Sportprogramms der CDU. Dieses wurde vom Bundesfachausschuß Sport der CDU erarbeitet und als Zum Thema-Broschüre veröffentlicht.

3.2 Medienpolitik

Die Medienpolitik stand im Zeichen der von der CDU angestrebten Neuordnung des Rundfunks in Norddeutschland und für die Versuche, durch Verkabelung von 12 Großstädten durch die Deutsche Bundespost neue Medienformen zu entwickeln.

Die Tätigkeit der Abteilung Medienpolitik der Bundesgeschäftsstelle machte sichtbar, daß die CDU das Informationsangebot für den Bürger vergrößern möchte. Dazu gehört, das bestehende Monopol der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aufzulockern. Die Anstalten selbst sollen bestehen bleiben; es handelt sich lediglich darum, das Programmangebot durch die Zulassung privater Programmveranstalter zu ergänzen. Die Vergabe von Lizenzen an private Programmveranstalter soll dabei unter öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen stattfinden. Die damit zusammenhängenden Probleme werden zur Zeit in einer Fachkommission des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU beraten. Eine andere Fachkommission beschäftigt sich mit der Frage einer Reform der bestehenden öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

Von den medienpolitischen Aussagen des Grundsatzprogrammes der CDU ausgehend, haben die Medienpolitiker der Bundespartei in Sitzungen des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU und in zahlreichen Einzelgesprächen mit den Medienpolitikern der CDU in den Ländern die Zusammenarbeit vertieft und ihr Handeln miteinander abgesprochen.

In einer Briefaktion wurden alle Abgeordneten der Union im Bund und in den Ländern und die mit medienpolitischen Fragen befaßten Parteimitglieder über die Grundsaterklärung des Präsidiums der CDU zur Medienpolitik vom 26. November 1979 informiert. Darin nennt die CDU die Voraussetzungen für einen Konsens zwischen den Parteien in der Medienpolitik:

1. Artikel 5 des Grundsatzgesetzes darf nicht angetastet werden.
2. Die Zuständigkeit für Rundfunk und elektronische Medien bleibt uneingeschränkt bei den Ländern.
3. Das Verbot des Bundeskanzlers gegenüber der Bundespost, die vorgesehene Verkabelung von Großstädten vorzunehmen, ist aufzuheben.
4. Der freie Informationsfluß über Staatsgrenzen hinweg gilt für Satelliten genauso wie für alle Rundfunk- und Fernsehsender.

3.3 Entbürokratisierung

Die Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft während 20-jähriger CDU/CSU-Regierungsverantwortung waren keine Selbstverständlichkeit, sondern die Resultate einer Politik, die energisch jedem bürokratischen Dirigismus entgegentrat und auf das Vertrauen in die Eigeninitiative und die Mitverantwortung der Bürger setzte. Nach 10 Jahren SPD/FDP-Regierungspolitik spüren die Bürger unseres Landes die bürokratischen Auswirkungen und Belastungen immer deutlicher: Die Bürokratisierung droht die Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen zu ersticken, sie behindert Initiative, Kreativität und Leistungsbereitschaft, sie droht die Soziale Marktwirtschaft in ein bürokratisch-dirigistisches System zu transformieren.

Die CDU hat sich als erste Partei dieses Themas intensiv angenommen. Sie hat als einzige Partei ein umfassendes Programm zur Entbürokratisierung

vorgelegt. Das dabei angewendete Verfahren der Programmentwicklung gibt ein Beispiel dafür, wie eine politische Partei ein wichtiges Thema umfassend und öffentlich diskutieren und doch verbindlich entscheiden kann.

Unter Vorsitz von Generalsekretär Dr. Heiner Geißler hat 1979 eine ad-hoc-Kommission aus Wissenschaftlern, Politikern und Verbandsexperten in mehreren Sitzungen die Ergebnisse der vielbeachteten Fachtagung "Verwaltete Bürger-Gesellschaft in Fesseln" vom April 1978 in konkrete Vorschläge zur Entbürokratisierung umgesetzt. Nach ausführlichen Beratungen hat am 3. Dezember 1979 der Bundesvorstand der CDU das "Programm der CDU zur Entbürokratisierung von Staat und Gesellschaft: Weniger Bürokratie - Mehr Freiheit!" beschlossen.

Schwerpunkte des Programms der CDU zur Entbürokratisierung sind:

- die klare Abgrenzung staatlicher und privater Verantwortlichkeit,
- die Verbesserung von Instrumenten und Verfahren der Staatswirtschaft,
- die Vereinfachung des Steuersystems,
- die Eindämmung der Vorschriftenflut,
- die Vereinfachung der Verwaltungsvorschriften und -führung.
- die Verbesserung der Personalplanung und -führung.

Eine Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist dabei, diese Vorschläge in parlamentarische Initiativen umzusetzen.

Ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen die zunehmende Bürokratisierung und Anonymisierung in unserer Gesellschaft ist die verstärkte Beteiligung der Bürger in der Gemeinde. Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU hat in Zusammenarbeit mit der KPV Vorschläge zu mehr Bürgerbeteiligung in der Gemeinde im August 1979 vorgelegt.

Sowohl das Programm der CDU zur Entbürokratisierung als auch die Vorschläge für eine stärkere Bürgerbeteiligung in den Gemeinden wurden als "Zum Thema" - Broschüren veröffentlicht. Das Programm zur Entbürokratisierung wurde darüber hinaus einem großen Kreis interessierter Organisationen und Verbände zugesandt.

3.4 Umwelt

Die fortschreitende Auflösung zwischenmenschlicher Bindungen, der Verlust an menschlicher Wärme und die vielfältigen Belastungen der natürlichen Umwelt sind für viele ein zu hoher Preis für die Fortentwicklung unseres Wohlstandes.

Dieses gewandelte Umweltverständnis ist eine Herausforderung an den Staat und die Parteien.

Die CDU hat diese Herausforderung angenommen.

Der Bundesausschuß der CDU hat am 10. Dezember 1979 in Berlin das "Umweltpolitische Programm der CDU" verabschiedet. Es wurde vom Bundesfachausschuß "Energie und Umwelt" der CDU, unter Vorsitz von Herrn Dr. Heinz Riesenhuber MdB, erarbeitet. Damit legt die Union als erste deutsche Partei ein umfassendes Konzept vor, das konkret aufzeigt, wie in den 80er Jahren die drängenden Probleme der Daseinsvorsorge durch aktives Handeln im Interesse der Bürger unseres Landes zu lösen sind.

Die Tatsache, daß fast ausschließlich SPD und FDP Stimmen an die "Grünen" verlieren zeigt, daß die besonnene und bestimmte Umweltpolitik der CDU vom Bürger verstanden wird.

Auch dieses Programm wurde in der "Zum Thema" - Reihe veröffentlicht und in einer Versandaktion vielen Interessenten zur Kenntnis gebracht.

4. Wahlkampfabkommen 1980

Die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien haben am 19. März 1980 in Bonn ein Wahlkampfabkommen für die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag abgeschlossen. Es besteht aus insgesamt 17 Paragraphen sowie einer Geschäftsordnung für die Gemeinsame Schiedsstelle von CDU, CSU, FDP und SPD zur Bundestagswahl 1980; die Geschäftsordnung besteht aus 12 Paragraphen. Das Wahlkampfabkommen nebst Geschäftsordnung sowie einem Gemeinsamen Brief der Generalsekretäre an mehr als 20 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wurde in CDU-Extra 12 vom 26. März 1980 (UfD-Dokumentation) veröffentlicht.

Das Wahlkampfabkommen beruht wesentlich auf einem Entwurf der CDU, den der Generalsekretär am 20.11.1979 an CSU, FDP und SPD übermittelt hatte. In vier Gesprächen der Generalsekretäre sowie in einem Fachgespräch sachkundiger Mitarbeiter der Parteizentralen von CDU, CSU, FDP und SPD unter Leitung des Bundesgeschäftsführers der CDU am 16.1.1980 wurde die dann von den Parteivorständen gebilligte Fassung erarbeitet. Dabei konnte sich die CDU mit ihren inhaltlichen Vorstellungen im wesentlichen durchsetzen. Bundesausschuß und Bundesvorstand der CDU haben sich mehrfach mit dem Entwurf des Wahlkampfabkommens befaßt und dabei ausdrücklich den jeweiligen Stand der Arbeiten und den Abschluß des Wahlkampfabkommens begrüßt und unterstützt. Der Generalsekretär der CDU erklärte beim Abschluß des Abkommens:

"Wahlkämpfe sind Bestandteil der den Parteien nach dem Grundgesetz obliegenden Aufgaben. Nach unserem Grundgesetz geht die Staatsgewalt vom Volke aus; sie wird auch in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Auch im Wahlkampf darf der demokratische Grundkonsens und der Konsens über die politischen Werte, die in der Verfassung niedergelegt sind, nicht beschädigt werden. Die politische Gegnerschaft bedeutet nicht Feindschaft. Die Union versteht Wahlkämpfe nicht als Vernichtungsfeldzüge, sondern als Wettbewerb um die besten Ideen und Lösungen.

Die Union wird deshalb einen fairen und sachlichen Wahlkampf führen. Gemeinsam mit den anderen im Bundestag vertretenen Parteien verpflichtet das Wahlkampfabkommen ,auf gegenseitige Verunglimpfungen, organisierte Störungen von Veranstaltungen, Entfernung von Plakaten, Verwendung von gefälschtem Werbematerial und ungebetene Wahlhilfe zu verzichten.

Das Wahlkampfabkommen will helfen, die Chancengleichheit der Opposition mit den Regierungsparteien zu erreichen. Dazu gehört, daß die Parteien im Wahlkampf kein Material aus der Öffentlichkeitsarbeit der Regierungen von Bund und Ländern verwenden und daß sich ihre Repräsentanten entsprechend den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes verhalten.

Die Vorstellungen der CDU für eine wirksame Begrenzung der Wahlkampfkosten sind voll berücksichtigt worden; eine "Materialschlacht" wird es nicht geben.

Die vereinbarte Gemeinsame Schiedsstelle ist ein Beweis für die Ernsthaftigkeit des Willens der Parteien, sich an die getroffenen Vereinbarungen zu halten. Als Mitglied für die Gemeinsame Schiedsstelle hat die CDU Herrn Prof. D. Dr. Eugen Gerstenmaier als Mitglied und Staatsminister a. D. Otto Theisen als Ersatzmitglied benannt. Herr Bischof D. Hermann Kunst, langjähriger Beauftragter des Rates der EKD in Bonn, hat sich bereit erklärt, den Vorsitz der Gemeinsamen Schiedsstelle zu übernehmen. Er besitzt das uneingeschränkte Vertrauen der Parteien.

Ich richte an alle Gliederungen der CDU und ihre Amts- und Mandatsträger die Bitte, auf die Einhaltung des Wahlkampfabkommens hinzuwirken. Das Abkommen tritt am 1. Juli 1980, die zwischen den Parteien vereinbarte Kostenbegrenzung am 31. März 1980 in Kraft."

B Werbekampagne

Zeitplanung des Wahlkampfes

Der Bundestagswahlkampf 1980 ist aufgrund der politischen Daten (Landtagswahlkämpfe, Bundesparteitag) sowie des gegebenen Ablaufs des Wahlkampfjahres in vier Hauptphasen gegliedert:

- Informations- und Vorbereitungsphase bis 31. Dezember 1979
- Vorwahlkampfphase I 5. Januar bis 18. Mai (Bundesparteitag)
- Vorwahlkampfphase II 18. Mai bis 5. September
- Der heiße Wahlkampf 5. September bis Wahltag

1. Informations- und Vorbereitungsphase bis 31. Dezember 1979

Die Informations- und Vorbereitungsphase hatte zwei Schwerpunkte:

- Der breiten Öffentlichkeit wurde erstes Material über den Kanzlerkandidaten und über die programmatischen Grundlagen der CDU zugänglich gemacht.
- Den hauptamtlichen Mitarbeitern, den Wahlkreiskandidaten und den Mitgliedern wurden erste Informationen über die Wahlkampfführung mitgeteilt.

Die Wahlkreiskandidaten erhielten nach ihrer Nominierung das erste ausführliche Informationspaket mit Aktionsvorschlägen, Argumentationen und Tips für die Wahlkampfführung.

Die hauptamtlichen Mitarbeiter wurden in einer zentralen Mitarbeiter-Konferenz mit dem Kanzlerkandidaten und dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden über den Wahlkampf informiert.

Die Mitglieder wurden über das Deutsche Monatsblatt auf die Aktion AUFTAKT '80 aufmerksam gemacht.

1.1 Herbstaktion "Auftakt '80"

Für die CDU begann das Wahlkampfsjahr 1980 bereits Anfang November. Die Herbstaktion der Bundesgeschäftsstelle stand unter dem Motto "Auftakt '80". Die Aktion beinhaltete zwei politische Aspekte:

- Franz Josef Strauß - Kanzlerkandidat der Union
- Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit - das Grundsatzprogramm der CDU

Der Generalsekretär hatte die Aktion in einem Brief an die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer angekündigt. In der ersten Novemberwoche trafen die Ansichtssendungen mit den Materialien bei den Kreis-

verbänden ein. Die Kreisverbände konnten darüber hinaus der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit bis zu 100 Adressen mitteilen, an die dann ein Materialset verschickt wurde.

Die Aktion wurde im UfD und im Monatsblatt vorgestellt, wobei die Leser des Monatsblattes durch einen Coupon die Möglichkeit hatten, ein Aktionsset zu bestellen.

Materialien der Aktion "Auftakt '80"

- Illustrierte "Der Mann"
- Rednerankündigungsplakate Franz Josef Strauß
- Autogrammkarte Franz Josef Strauß mit politischem Lebenslauf
- Aufkleber Franz Josef Strauß
- Aufkleber Erkennungszeichen
- Rede von Franz Josef Strauß "Mit aller Kraft für Deutschland"
- Rede von Helmut Kohl "Politik aus Verantwortung für die kommenden Generationen"
- Rede von Heiner Geißler "Unser Grundsatzprogramm - Ein Dokument geistiger Erneuerung"
- Kurzdokumentation des Grundsatzprogrammes "Grundlage für die Politik der Zukunft"
- Dokumentation "Programme der CDU"
- Überarbeitet "Zum Thema" - Broschüre mit dem Titel "Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit."
- Wandzeitung "Mit aller Kraft für Deutschland"

2. Die Vorwahlkampfphase I

5. Januar bis 18. Mai (Bundesparteitag)

Die Vorwahlkampfphase I umfaßte den Zeitraum vom Beginn des Jahres (Adenauers Geburtstag am 5. Januar) bis zum Bundesparteitag. In diesem Zeitraum hatte sich die zentrale Wahlkampfleitung folgende Ziele gesetzt:

- Darstellung des Kanzlerkandidaten
- Darstellung der gesamten Union als stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik um die Bevölkerung auf den Wahlkampf einzustimmen
- Einstimmung der Mitglieder auf die Wahlkampfarbeit im Rahmen der Mobilisierungskampagne
- Verdeutlichung der Hauptthemen und politischen Leitsätze, die von Seiten der Union die Wahlauseinandersetzung bestimmen sollen
- Erste Maßnahmen zum Erreichen von Zielgruppen
- Weitere Maßnahmen des Kandidatenservices und verstärkte Einbindung der Wahlkreiskandidaten in den Wahlkampf der zentralen Wahlkampf-führung

In dieser Vorwahlkampfphase fand eine verstärkte Abstimmung mit den Landesverbänden statt, die in dieser Zeit Wahlkämpfe führten.

2.1 Einstimmungskampagne

Das Wahljahr 1980 wurde mit einer großen Einstimmungskampagne eröffnet. In einer Serie von Anzeigen wurden in den Monaten Januar, Februar und März die zentralen Themen unserer politischen Zielsetzung behandelt.

Auftakt der Anzeigenkampagne war der Geburtstag von Konrad Adenauer am 5. Januar mit einem Adenauer-Motiv und der Überschrift:

"Wir treten ein für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Seit Konrad Adenauer."

Die weiteren Anzeigen behandelten die Themen:

- Mitemenschlichkeit
- Sicherheit
- Zukunft
- Freiheit
- Verteidigung

Belegt wurden fast alle wichtigen überregionalen Publikationen:

- | | |
|------------------|-----------|
| -FAZ | -prisma |
| -Welt | -IWZ |
| -Bild am Sonntag | -Brigitte |
| -Sonntag aktuell | -Bunte |
| -Hör Zu | -Für Sie |
| -rtv | |

Alle Anzeigen enthielten einen Coupon, über den bei der Bundesgeschäftsstelle Material zu gewünschten Themenbereichen sowie zum Kanzlerkandidaten angefordert werden konnte. Von dieser Möglichkeit machten ca. 9.500 Leser Gebrauch.

2.2 Mobilisierung im Vorwahlkampf

Mit der Mobilisierung der Mitglieder und Freunde der CDU wurde im Januar begonnen. Unter dem Motto "Mit Optimismus gegen Sozialismus" wurden in einer Sonderausgabe des UiD sowie in der ersten Ausgabe des Deutschen Monatsblattes die politischen Inhalte sowie die dazugehörigen Materialien des Mobilisierungsauftrages vorgestellt und Aktionsvorschläge gegeben.

Im einzelnen waren dies die folgenden Informations- und Werbematerialien:

Flugblatt "Auf die Zukunft freuen"

Flugblatt "Mit Optimismus gegen Sozialismus"

Machterhalt statt Politik

Betrifft: Helmut Schmidt

Die Bundesrepublik Deutschland nach 30 Jahren

Handbuch für die innenpolitische Argumentation

Poster "Mit Optimismus gegen Sozialismus"

Button "Mit Optimismus gegen Sozialismus"

CDU-Bleistift

Ab Anfang März kamen die folgenden Materialien hinzu:

-Eine Broschüre mit den Reden von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß vor dem Deutschen Bundestag "Der sowjetische Überfall auf Afghanistan - die Konsequenzen für die freie Welt."

-Eine Broschüre mit den Hauptreden des Sicherheitspolitischen Kongresses am 11./12. Januar in Bonn, Titel "Freiheit durch Sicherheit".

-Das "Umweltpolitische Programm der CDU".

Umweltpolitik aus Verantwortung - Teil der Gesamtpolitik.

-Das Programm der CDU zur Entbürokratisierung von Staat und Gesellschaft "Weniger Bürokratie - mehr Freiheit".

-Eine Wandzeitung "Uns liegt die Familie am Herzen"

Nach Ostern standen der Partei die folgenden neuen Materialien zur Verfügung:

-Eine Farb-Illustrierte

"Für eine lebenswerte Zukunft"

Auf 16 Seiten wird die CDU als die große deutsche Volkspartei dargestellt. Die Illustrierte enthält die wichtigen politischen Grundlagen der CDU für den Bundestagswahlkampf. Zu den Themenbereichen Sicherheit, Soziale Marktwirtschaft, Familie, Gleichberechtigung, Jugend, Soziale Sicherheit, Bürgernähe sowie Energie und Umwelt als die Schwerpunktthemen der CDU für den Wahlkampf wird die Position der Partei verdeutlicht. Darüber hinaus wird in anschaulicher Form die Geschichte der CDU beschrieben und ihre Leistungen für Deutschland aufgezeigt.

Außerdem interpretiert die Illustrierte die CDU-Grundwerte Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Auch der Aufbau der CDU und die politische Willensbildung in den Parteigliederungen werden erläutert.

Der Leser erhält so eine umfassende Information über die CDU.

-Eine Kurzfassung des Umweltpolitischen Programms der CDU. Das Umweltpolitische Programm der CDU wird in einer bebilderten Kurzfassung erläutert.

-Ein Aufkleber "Mit Optimismus gegen Sozialismus"

(Der Button auf Postkarte als Aufkleber)

-Eine Wandzeitung zum Thema "Mitgliederwerbung"

Die Materialien wurden im Deutschen Monatsblatt, Ausgabe April, sowie im Uid vorgestellt. Weitere Schwerpunkte der Mobilisierung im Vorwahlkampf waren darüber hinaus ausführliche Anregungen für Canvassing-Aktionen und Mitgliederwerbung.

2.3 Kandidatenservice

Mit dem Kandidatenservice werden die 203 Direktkandidaten der CDU durch direkte Maßnahmen der Bundespartei bei der Planung und Durchführung ihres Wahlkampfes zentral unterstützt. Das Serviceangebot an die Kandidaten soll zur Einheitlichkeit in der politischen Argumentation und zu einem einheitlichen Erscheinungsbild beitragen.

-Grundmaßnahmen

a) Informationsservice

-Kandidateninformation durch Kandidatentelefon und Informationsservice.

Ab Anfang 1980 steht bis zum Wahltag ein Telefonberatungsdienst für die Kandidaten und deren Helfer zur Verfügung. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle will dadurch sicherstellen, daß die Kandidaten und die für den Wahlkampf verantwortlichen Personen in den Wahlkreisen eine zentrale Ansprechstelle haben, die für die Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes erforderliche Auskünfte erteilt.

b) Beratungsservice

-Kandidatenberatung durch ein Beratungsteam.

Alle Kandidaten haben die Möglichkeit, für ihren Wahlkampf das Beratungsteam einer Werbeagentur über die CDU-Bundesgeschäftsstelle in Anspruch zu nehmen.

-Fotoservice

Zentrale Fototermine stellen sicher, daß jeder Kandidat optimale Portrait-Aufnahmen erhält. Läßt der Kandidat sich nicht während eines zentralen Fototermins fotografieren, stehen für fremde Fotografen Richtlinien für Kandidatenfotos zur Verfügung.

c) Werbeservice

Neben anderen Maßnahmen bietet die Bundesgeschäftsstelle jedem Kandidaten insbesondere zwei zentrale Werbemittel an, die jeweils an jeden Haushalt im Wahlkreis verteilt werden können.

-Kandidatenrahmenprospekt

Angebot über den Kandidatenrahmenprospekt in der Größe drei Seiten DIN A 5, nebeneinander für jeden Kandidaten. Die vorderen drei DIN A 5 Seiten sind mit einem bundespolitischen Teil vierfarbig bedruckt. Die anderen drei Seiten stehen dem Kandidaten für einen individuellen Eindruck zur Verfügung. Ein farbiger Rahmen mit dem CDU-Signet ist im Kandidatenteil bereits eingedruckt.

An Hand zweier Muster kann der Kandidat seinen individuellen Eindruck vornehmen lassen und selbst entscheiden, ob sein Foto in schwarz-weiß oder Farbe erscheinen soll.

Jeder Kandidat erhält 50.000 Exemplare des Kandidatenrahmenprospektes kostenlos.

-Sonderseite in der Hauptwahlkampfillustrierte

Jedem Kandidaten wird in der Wahlkampfillustrierten des Hauptwahlkampfes eine Wechelseite zur Verfügung stehen. Von dieser Illustrierten erhält jeder Kandidat kostenlos 50.000 Exemplare.

-Servicepakete

Den Kandidaten stehen während des Wahlkampfes mindestens drei Servicepakete zur Verfügung.

a) Erstes Kandidatenservicepaket

Alle Kandidaten erhielten bereits nach ihrer Nominierung ein erstes Kandidatenservicepaket. Darin befanden sich neben anderen Materialien folgende Unterlagen:

-Eine Planungsmappe für die wichtigen Unterlagen des Wahlkampfes

- Ein Planungspanorama für die individuelle Wahlkampfplanung des Kandidaten.
- Ein Aktionskonzept mit Tips für den erfolgreichen Wahlkampf.
- Ein Brevier für die Rede- und Textgestaltung
- Argumentationshilfen "Argumente '80"
- Informationshilfen
- Ein Angebot über zentrale Fototermine
- Richtlinien für Kandidatenfotos

b) Zweites Kandidatenservicepaket

Vor Ostern erhielten alle Kandidaten ein zweites Servicepaket:

- Ein Angebot über den Kandidatenrahmenprospekt
- Ein Angebot über ein Kandidatenrahmenplakat
- Gestaltungsvorschläge für Materialien
- Reprorife Druckvorlagen
- Textvorschläge für Pressearbeit und Aktionen
- Textvorschläge für Zielgruppenbriefe

c) Drittes Kandidatenservicepaket

In einem dritten Servicepaket werden von der Bundespartei unter anderem dem Kandidaten rechtzeitig angeboten werden:

- Vorstellung der neuen Werbelinie
- Wechelseiten in der Wahlkampfillustrierten des Hauptwahlkampfes
- Individuelles Kandidaten-Kleinwerbemittel (Vorschlag)
- Aktionsvorschläge und Preetips
- Redematerial zu aktuellen Wahlkampfthemen

3. Vorwahlkampfphase II

18. Mai (Bundesparteitag) bis zum 5. September

Nach der letzten Landtagswahl im Jahr 1980 (11. Mai NRW) und dem Bundesparteitag in Berlin, beginnt die Vorwahlkampfphase II. Dabei muß von dem Bundesparteitag das Signal für die gesamte Partei ausgehen, nunmehr umfassend mit der Wahlkampfarbeit zu beginnen.

Die zentrale Wahlkampfleitung hat sich in dieser Wahlkampfphase folgende Hauptziele gesetzt:

1. Verstärkte Herausstellung des Kanzlerkandidaten
2. Durchsetzung der zentralen Werbelinie und des Wahlkämpferscheinungsbildes
3. Verstärkte Mobilisierung und Hinführung der Parteiorganisation auf den Wahlkampf
4. Umfassende Zielgruppenarbeit
5. Sommeraktion
6. Fortführung des Services für Kandidaten

3.1 Werbemittelkataloge

Für den Bundestagswahlkampf 1980 gibt es zwei Werbemittelkataloge:

- a) Zum Bundesparteitag wird der Werbemittelkatalog I erscheinen, in dem alle Werbemittel aufgeführt sind, die für den Vorwahlkampf (d.h. bis Ende Juli) zur Verfügung stehen. Diese Werbemittel werden im Bild vorgestellt und können mit einem Bestellzettel, der Bestandteil des Werbemittelkatalogs ist, beim IS-Versandzentrum bestellt werden. In einem Anhang wird den Verbänden mitgeteilt, welche Werbemittel im Hauptwahlkampf (also ab Anfang August) zur Verfügung stehen, so daß alle wahlkampf führenden Organisationsstufen ab Mitte Mai die Endplanung für den gesamten Wahlkampf durchführen können.

- b) Der Werbemittelkatalog II für den heißen Wahlkampf wird ab Mitte Juli an die Verbände verschickt. In diesem Werbemittelkatalog werden alle Werbemittel ausführlich dargestellt, die für den heißen Wahlkampf bestellt werden können.

3.2 Ferienaktion

Für die Wahlkampfaktivitäten im Sommer wird von der Bundesgeschäftsstelle eine Tourenkarte vorbereitet, die ab Mitte Mai (Bundesparteitag) zur Verfügung steht.

3.3 Zielgruppenkampagnen

Die CDU-Bundespartei wird nach der Serie der Landtagswahlen ab Ende Mai in enger Zusammenarbeit mit ihren Vereinigungen eine umfassende Zielgruppenkampagne starten. Der Schwerpunkt der Kampagne liegt in der Zeit der Sommerferien. Angesprochen werden sollen vor allem

- die 6 Millionen wahlberechtigten Jungwähler im Alter von 18 bis 24 Jahren
- die 23 Millionen wahlberechtigten Frauen sowie
- die 20 Millionen wahlberechtigten Arbeitnehmer, besonders die über 8 Millionen gewerkschaftlich Organisierten.

Weitere Sonderaktionen sind im Bereich des Mittelstandes, der städtischen und ländlichen Bevölkerung vorgesehen.

Mit dieser umfassend angelegten, methodisch und demoskopisch sorgfältig vorbereiteten Zielgruppenkampagne schlägt die CDU ein neues Kapitel in der Geschichte der Bundestagswahlkämpfe auf. Die Zielgruppenkampagne ergänzt die Basiskampagne. Ihr liegt dasselbe Programm zugrunde. Die Zielgruppenkampagne gibt aber im Unterschied zur Basiskampagne die Möglichkeit, detaillierter auf die jeweils besonders interessierenden Probleme einzugehen. Darüber hinaus kann dem unterschiedlichen Kommunikationsverhalten der Bevölkerung besser Rechnung getragen werden. Die differenzierten Präferenz- und Mobilitätsstrukturen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen können berücksichtigt werden.

Der Zeitraum der Kampagne ist schwerpunktmäßig in die Zeit der Sommermonate gelegt worden, um die Präsenz der CDU in der für eine Oppositionspartei schwierigen Zeit der Parlamentsferien sicherzustellen.

Die Zielgruppenkampagne gibt den über 700.000 Mitgliedern der CDU und ihrer Vereinigungen die Möglichkeit, sich in besonderer Weise für die Ziele der Union zu engagieren. Neben Großveranstaltungen, neuen mobilen Veranstaltungsformen, Texten für Zielgruppenbriefe, Erkennungszeichen, Servicepaketen, Aktionshandbüchern, Flugblättern usw. stellt die CDU-Bundespartei den Kandidaten und den Vereinigungen besonders hohe Auflagen an kostenloser Grundausstattung von gezieltem Informationsmaterial zur Verfügung. Ergänzt wird die Kampagne durch eine bundesweite Anzeigenaktion in zielgruppenspezifischen Medien. Die Anzeigenschaltung ist wie folgt angelegt: Angesprochen werden, und zwar etwa viermal:

-rd. 70 % der Jugend in allen Teilen der Bundesrepublik sowie in allen Ortsgrößen, auch auf dem Lande

-rd. 50 % der Frauen,
die Frauen im Alter zwischen 20 bis 29 Jahren sogar zu rd. 70 %

-rd. 50 % der Arbeitnehmer, besonders die jüngeren

Die Kampagnen im einzelnen:

3.3.1 Die Jugendkampagne

Schwerpunkt der Maßnahmen ist eine Anzeigenaktion in überwiegend von jungen Leuten genutzten Medien, die sich über die Monate Juni, Juli, erstreckt. Vorab findet in Mainz die zentrale Jugendveranstaltung der Union statt.

Auftakt der Anzeigenkampagne wird der Deutschlandtag der Jungen Union im Juni sein. In den Anzeigen werden in einer der jungen Generation gemäßen Anspracheform verschiedene politische Themenbereiche, wie z.B. Sicherheit, Energie, Ausbildung, Jugendpolitik aufgezeigt. Die Anzeigenkampagne wird sich offen mit Vorurteilen gegenüber der Union auseinandersetzen. Mit einem Coupon in der Anzeige können verschiedene Materialien bestellt und eine Mitgliedschaft beantragt werden.

Als Verteilmittel wird ein Jugend-Magazin produziert, das jugend-spezifische Themen in sehr aufgelockerter Form behandelt: Unterhaltung, Wissenswertes und Informationen sind mit politischen Themen kombiniert.

Ein Aktionshandbuch gibt den Verbänden der Jungen Union wichtige Tips und Anregungen für den Wahlkampf.

Poster und Aufkleber vervollständigen die Jugendkampagne.

3.3.2 Die Frauenkampagne

Die Maßnahmen der Frauenkampagne konzentrieren sich auf eine Anzeigenkampagne in frauenspezifischen Zeitschriften. Die Schaltung der Anzeigen erfolgt in den Monaten Juli/August.

Themenbereiche wie z.B. Berufstätigkeit, alleinstehende Frauen, Erziehungsgeld, Rente sind Inhalt dieser Anzeigen.

Des weiteren wird zur Verteilung ein illustrierter Prospekt im Sonderformat erstellt, der sympathisch aufgemacht, thematisch wie die Anzeigenkampagne ausgerichtet ist. Auch ein Aufkleber gehört zu dieser Kampagne.

Als Anregung und zugleich Arbeitsunterlage für eigene Aktionen wird für die Frauenvereinigung ein Aktionshandbuch zusammengestellt.

3.3.3 Die Arbeitnehmerkampagne

Schwerpunkte sind zwei Anzeigenkampagnen in der Gewerkschaftspresse und in der Boulevardpresse.

In der Gewerkschaftspresse sind zwei Anzeigen im Frühjahr vorgesehen.

Thematisch werden dabei die Bereiche Vollbeschäftigung, Energie, Rente und Familie behandelt.

Die Anzeigen in der Boulevardpresse umfassen fünf verschiedene Anzeigendurchgänge im August.

Darüber hinaus werden in enger Zusammenarbeit mit den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft zwei Broschüren herausgegeben, sowie zwei Flugblätter- "Betriebsinformationen", in sehr hoher Auflage, insbesondere zur Verteilung vor Fabrikatoren.

3.3.4 Die Mittelstandskampagne

In den Fachpublikationen des Mittelstandes wird eine Anzeigenkampagne geschaltet. Vier Hauptgruppen sollen damit angesprochen werden:

- Handwerk
- Freiberufe
- Klein-Unternehmer
- Leitende Angestellte

Die Schaltung der Anzeigen erfolgt im Mai/Juni nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen.

Die Anzeigen enthalten den Aufruf zur Mitarbeit für die Ziele der CDU. Die Untergliederungen der Mittelstandsvereinigung erhalten ein Servicepaket mit CDU-Materialien zum Thema Mittelstand, sowie Anzeigenmatern für Tageszeitungsanzeigen.

Weiter erhalten Sie Textvorschläge für Gelegenheitsanzeigen, die auf örtlicher Ebene geschaltet werden können.

Für die Wahlkreiskandidaten werden Zielgruppenbriefe konzipiert, die diese an verschiedene Mittelstandsgruppierungen versenden können.

3.3.5 R C D S

Die werbliche Unterstützung des RCDS umfaßt die Erstellung einer Programmbroschüre und eine Verteilaktion.

3.3.6 Kommunalpolitische Vereinigung

Für die KPV wird ein Prospekt erstellt, der die CDU als die führende Partei in den Städten und Gemeinden präsentiert. Dargestellt werden die Leistungen der CDU im kommunalpolitischen Bereich.

3.4 Zwischenkampagne

In Verbindung mit dem CDU-Bundesparteitag im Mai in Berlin wird im Mai/Juni eine Zwischenkampagne durchgeführt.

Sie besteht aus:

- Anzeigen in auflagenstarken Zeitschriften
- einer bundesweiten Großflächenplakatierung

Diese Kampagne dient der Herausstellung des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß.

4. Der heiße Wahlkampf

Der heiße Wahlkampf beginnt nach der Sommerpause um den 5. September.

In dieser Phase werden folgende Kampagnen durchgeführt:

1. Zentrale Plakatierung
2. Anzeigenkampagne Hauptwahlkampf
3. Schlußmobilisierung
4. Hörfunk- und Fernsehkampagne
5. Hauptwahlkampfillustrierte
6. Sonderkampagne

Anhang

- Bundesausschuß
- Bundesvorstand
- Präsidium
- Kontaktgespräche des Präsidiums
- Landesgeschäftsführerkonferenzen
- Arbeit der Bundesfachausschüsse
- Wahlreisen und Veranstaltungen
des Bundesvorsitzenden Dr. Kohl
- Rednereinsatz im Rahmen von Wahlkämpfen
- Bundesparteigericht
- Besucherbetreuung und Protokoll
- Mitgliederstand seit 1970

Bundesausschuß

Der Bundesausschuß, der "kleine Parteitag der CDU", trat im Berichtszeitraum zweimal zusammen.

Am 6.9.1979 nahm der Bundesausschuß den Bericht des Parteivorsitzenden Dr. Kohl zur politischen Lage sowie zur Nominierung des Kanzlerkandidaten der Union zustimmend zur Kenntnis. Der Bundesausschuß bekräftigte seine Entschlossenheit, die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner aufzunehmen und mit den besseren Argumenten einer klaren politischen Sachaus-sage für den Erfolg der Union im Bundestagswahlkampf 1980 zu kämpfen.

Der Bundesausschuß beschloß einstimmig das vom Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik unter Mitarbeit des Bundesfachausschusses Sozialpolitik erarbeitete Wirtschaftspolitische Programm "Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik".

Ferner wurde die Neubesetzung der CDU-Delegation im Politischen Bureau der Europäischen Volkspartei gemäß Vorschlag des Bundesvorstandes vom 6.9.1979 einstimmig beschlossen.

Am 10.12.1979 nahm der Parteivorsitzende zu aktuellen außen- und innenpolitischen Fragen Stellung. Dr. Kohl forderte mit allem Nachdruck zur Solidarität mit den Vereinigten Staaten auf. Der Bundesausschuß bekräftigte seine uneingeschränkte Zustimmung zu dem bevorstehenden Beschluß der NATO zur Nachrüstung im Mittelstreckenbereich. Außerdem sprach sich der Bundesausschuß dafür aus, die Zeit zwischen Produktion und Stationierung dieser Waffen für Abrüstungs- und Entspannungsverhandlungen zu nutzen, durch die jedoch die Bereitschaft und die Fähigkeit des westlichen Verteidigungsbündnisses zur Verteidigung nicht in Zweifel gezogen werden dürfte.

Der Bundesausschuß verabschiedete eine Erklärung zum 31. Jahrestag der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen.

Dr. Kohl informierte den Bundesausschuß über Wahlkampf vorbereitungen von CDU und CSU zur Bundestagswahl 1980.

Der Bundesausschuß verabschiedete einstimmig das vom Bundesfachausschuß Energie und Umwelt erarbeitete Umweltpolitische Programm der CDU.

Bundesvorstand

Der Bundesvorstand tagte im Berichtszeitraum achtzehnmal.

An den Sitzungen nahmen auch die Ministerpräsidenten der CDU-regierten Länder, die Vorsitzenden der Landesverbände und die Bundesvorsitzenden der Vereinigungen teil.

11.1.1979

Der Bundesvorstand unterstützte einstimmig die Entscheidung des Parteivorsitzenden Dr. Kohl, auf dem nächsten Bundesparteitag wieder für das Amt des Parteivorsitzenden zu kandidieren.

Der Bundesvorstand beschloß, daß die Wahlen zum Bundesvorstand auf dem Parteitag am 25. - 27.3.1979 in Kiel stattfinden.

29.1.1979

Generalsekretär Dr. Geißler berichtete über die Ausgangslage der CDU für die Europawahl. Der Bundesvorstand setzte eine Wahlkampfkommission für die Europawahl ein. Er beschloß ferner die auf dem Europa-Parteitag in Kiel zur Diskussion stehenden Themenbereiche. Der Slogan für den Europa-Wahlkampf wurde vom Bundesvorstand einstimmig beschlossen.

12.2.1979

Der Bundesvorstand verabschiedete Erklärungen zur Abrüstungsdiskussion und zur Diskussion um die Neuwahl des Bundespräsidenten.

Der Bundesvorstand beschäftigte sich mit der Vorbereitung des 27. Bundesparteitages und den Anträgen des 26. Bundesparteitages.

Er beschloß ferner die zentrale Einsatzplanung der Bundesredner im Europa-Wahlkampf.

Generalsekretär Dr. Geißler informierte den Bundesvorstand, daß Herr Ulf Fink ab 1.3.1979 mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Bundesgeschäftsführers betraut wird.

19.3.1979

Parteivorsitzender Dr. Kohl nahm zu den Ergebnissen der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18.3.1979 Stellung.

Der Bundesvorstand beschäftigte sich ferner mit der Vorbereitung des 27. Bundesparteitages.

Bundesschatzmeister Kiep berichtete über die Finanzsituation der Partei. Der Etat 1979 der CDU-Bundesgeschäftsstelle wurde vom Bundesvorstand einstimmig beschlossen.

24.4.1979

Der Bundesvorstand traf die letzten Vorbereitungen für den 27. Bundesparteitag. Er beschloß einstimmig, dem Bundesparteitag Herrn Dr. Helmut Kohl zur Wiederwahl als Parteivorsitzenden und Herrn Walther Leisler Kiep zur Wiederwahl als Bundesschatzmeister vorzuschlagen. Weitere Vorschläge für das Amt des Parteivorsitzenden und des Bundesschatzmeisters wurden nicht gemacht.

Der Bundesvorstand begrüßte, daß die Bundesgeschäftsstelle der CDU in Ausführung des Beschlusses des 26. Bundesparteitages 1978 über die ältere Generation unter Berücksichtigung bisheriger Erfahrungen differenzierte Modellversuche mit den Landes- und Kreisverbänden durchführt, um gesicherte Grundlagen für eine langfristige, dauerhafte und zukunftsorientierte Seniorenarbeit der CDU auf allen Ebenen der Partei zu gewinnen.

30.4.1979

Der Bundesvorstand beschäftigte sich mit dem Ausgang der Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Er nahm außerdem Berichte führender Meinungsforschungsinstitute über die Demoskopie und ihre Methoden entgegen.

Der Bundesvorstand beschloß einstimmig die Änderung der Ordnung der Bundesausschüsse der CDU.

28.5.1979

Der Bundesvorstand diskutierte über die Nominierung des Kanzlerkandidaten der Union. Er machte sich den Vorschlag des Parteivorsitzenden Dr. Kohl zu eigen, für die Gespräche mit der CSU Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht als Kanzlerkandidaten der Unionsparteien zur Bundestagswahl 1980 zu benennen.

Der Bundesvorstand beschloß einstimmig das wirtschaftspolitische Programm der CDU "Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik".

11.6.1979

Parteivorsitzender Dr. Kohl nahm eine erste Bewertung des überragenden Ergebnisses der Europawahl vor.

Generalsekretär Dr. Geißler berichtete über das Treffen der Generalsekretäre von CDU und CSU am 16./17.5.1979 in Kasteiruth.

18.6.1979

Der Bundesvorstand diskutierte über die Kanzlerkandidaten-Nominierung.

25.6.1979

Parteivorsitzender Dr. Kohl informierte den Bundesvorstand über die Beratungen der CDU/CSU-Strategiekommission vom 22.6.1979. Der Bundesvorstand vertrat einstimmig die Auffassung, daß eine Entscheidung über den Kanzlerkandidaten der Union durch ein gemeinsames, demokratisch legitimiertes Gremium herbeigeführt werden soll.

2.7.1979

Parteivorsitzender Dr. Kohl berichtete dem Bundesvorstand über die Beratungen der CDU/CSU-Strategiekommission vom 1.7.1979.

In Würdigung der besonderen Situation, daß ein gemeinsames Wahlgremium von CDU und CSU auf Parteiebene nicht besteht, erklärte sich der Bundesvorstand damit einverstanden, sich einen Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über den Kanzlerkandidaten der Unionsparteien zu eigen zu machen unter den Voraussetzungen, daß:

1. beide Kandidaten das Ergebnis der Abstimmung der Bundestagsfraktion akzeptieren und
2. die Vereinbarungen zwischen CDU und CSU vom 12.12.1976 gelten; d.h. daß keine der beiden Parteien eine direkte oder indirekte bundesweite Ausdehnung gegen den Willen der anderen Partei unternimmt. Dazu gehört auch die Unterstützung einer anderen Partei als der Schwesterpartei im Wahlkampf.

11.7.1979

Parteivorsitzender Dr. Kohl informierte den Bundesvorstand über die Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 2.7.1979. Der Bundesvorstand machte sich das Votum der Fraktion, Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der Union zu nominieren, ohne formelle Abstimmung zu eigen. Der Bundesvorstand ging dabei davon aus, daß die Einheit der Union nun langfristig gesichert ist.

Der Bundesvorstand bekundete seine Entschlossenheit, alle Anstrengungen zu unternehmen, um im kommenden Bundestagswahlkampf einen Wahlerfolg für die Union im gesamten Bundesgebiet zu erreichen.

6.9.1979

Parteivorsitzender Dr. Kohl berichtete über die politische Lage. Der Bundesvorstand stimmte dem Vorschlag des Präsidiums zu:

1. die CDU/CSU-Kommission zur organisatorischen Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes mit Dr. Helmut Kohl, Dr. Heiner Geißler und Dr. Gerhard Stoltenberg und
2. die CDU/CSU-Kommission zur Vorbereitung der Wahlkampfplattform mit Dr. Heiner Geißler und Dr. Ernst Albrecht zu besetzen.

25.2.1980

Der Bundesvorstand diskutierte über den Entwurf des Wahlprogrammes der Union für die Bundestagswahl 1980.

Generalsekretär Dr. Geißler berichtete über den Stand der Vorbereitungen für die Bundestagswahl und über die Verhandlungen zum Wahlkampfabkommen.

17.3.1980

Der Bundesvorstand diskutierte die politische Lage nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg. Er befaßte sich ferner mit der Vorbereitung des 28. Bundesparteitages in Berlin.

Präsidium

Das Präsidium tagte im Berichtszeitraum achtzehnmal.

5.3.1979

Themen:

- Rückzug der chinesischen Streitkräfte aus Vietnam
- Wahlsieg der UCD in Spanien
- Entwicklung in Italien
- EVP-Kongreß in Brüssel
- Sicherheitspolitik/Abrüstung
- Familienpolitik
- Energiepolitik
- Vorbereitung 27. Bundesparteitag

24.3.1979

Themen:

- Vorbereitung 27. Bundesparteitag
- Seniorenarbeit

23.4.1979

Themen:

- Vorbereitung Landtagswahl in Schleswig-Holstein
- Energiepolitik
- Vorbereitung Bundestagswahlkampf 1980

14.5.1979

Themen:

- Wahl des Bundespräsidenten
- Europa-Wahlkampf

21.5.1979

Themen:

- Nominierung von Prof. Karl Carstens
als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten
- Aufgabenverteilung im Präsidium
- Bestellung des Bundesgeschäftsführers Ulf Fink

17.6.1979

Thema:

- Nominierung des Kanzlerkandidaten der Unions-Parteien

25.6.1979

Thema:

- Nominierung des Kanzlerkandidaten der Unions-Parteien

10.7.1979

Themen:

- Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über den
Kanzlerkandidaten der Unions-Parteien
- Vorbereitung Bundestagswahlkampf 1980

3.9.1979

- Themen:
- Nahost-Politik
 - Deutsch/amerikanisches Verhältnis
 - Arbeit des Europa-Parlaments
 - Beschlüsse des NATO-Rates
 - Steigerung der Inflationsrate
 - Steuersenkungen
 - Haushaltssicherung
 - Vorbereitung Bundestagswahlkampf 1980

6.9.1979

- Thema:
- Politische Lage

24.9.1979

- Thema:
- Bericht des Parteivorsitzenden zur Vorbereitung der Bundestagswahl 1980

8.10.1979

- Themen:
- Vorbereitung Bundestagswahlkampf 1980
 - Kommunalwahl von Nordrhein-Westfalen
 - Bürgerschaftswahl von Bremen
 - Bericht über die Sitzung der CDU/CSU-Strategiekommission vom 26.9.1979

29.10.1979

- Themen:
- Staatsbesuch des chinesischen Partei- und Regierungschefs Hua Guofeng
 - Besuch des französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing in Berlin
 - Sicherheitspolitische Pläne der NATO für Europa
 - Prager Urteil gegen tschechoslowakische Bürgerrechtler
 - Gesamtschule
 - Bericht des Parteivorsitzenden über die Beratungen
 - der CDU/CSU-Wahlkampfkommission von 25.10.1979

26.11.1979

- Themen:
- Gespräch des Parteivorsitzenden mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko
 - Lage im Iran
 - NATO-Ratsentscheidung über die Modernisierung und Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen
 - Medienpolitik
 - Familienpolitik
 - Rentenpolitik

21.1.1980

- Themen:
- Sowjetischer Einmarsch in Afghanistan
 - Solidarität mit den Vereinigten Staaten von Amerika
 - Koordination und Vorbereitung der Landtagswahlen und der Bundestagswahl 1980

11.2.1980

- Themen:
- Beratung des Entwurfs des Wahlprogramms der Union für die Bundestagswahl 1980
 - Beratung des Entwurfs eines Wahlkampfabkommens für die Bundestagswahl 1980

25.2.1980

- Themen:
- Wahlprogramm der Union für die Bundestagswahl 1980
 - Rentenpolitik
 - Familienpolitik

17.3.1980

- Themen:
- Politische Lage nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg
 - Schulpolitische Leitsätze
 - Vorbereitung des 28. Bundesparteitags
 - Vorbereitung Bundestagswahlkampf 1980

Kontaktgespräche des Präsidiums bzw.
einzelner Mitglieder des Präsidiums:

13.02.1979	Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB)
08.03.1979	Christlicher Gewerkschaftsbund (CGB)
03.04.1979	Zentralverband Gartenbau e.V.
19.04.1979	Frauen- und Familienverbände
02.05.1979	Bund der Vertriebenen
19.06.1979	Bundeselternbeirat
24.09.1979	D G B
08.10.1979	Gewerkschaft der Polizei
29.10.1979	Deutscher Sportbund
10.12.1979	Rat der EKD
28.01.1980	Zentralverband des Deutschen Handwerks
29.01.1980	Reichsbund der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen
31.01.1980	Bundesvereinigung Katholischer Männer- gemeinschaften und Männerwerke
28.02.1980	Deutscher Bundesjugendring
3.03.1980	D A G
17.3.1980	Christlicher Gewerkschaftsbund (CGB)

Landesgeschäftsführerkonferenzen

Die Landesgeschäftsführerkonferenz tagte im Berichtszeitraum zehnmal.

13.2.1979

- Themen:
- Europa-Wahlkampf
 - Vorbereitung 27. Bundesparteitag

20.3.1979

- Themen:
- Landtagswahl in Rheinland-Pfalz und Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus
 - Europa-Wahlkampf
 - Vorbereitung 27. Bundesparteitag

2.5.1979

- Themen:
- Landtagswahl in Schleswig-Holstein
 - Bundespräsidentenwahl
 - Europa-Wahlkampf

13.6.1979

- Themen:
- Bericht von Generalsekretär Dr. Geißler zur politischen Lage
 - Erfahrungen aus dem Europa-Wahlkampf
 - Jungwähleransprache
 - Kongreßplanung

5.9.1979

- Themen:
- Auswertung Europa-Wahlkampf
 - Vorbereitung Bundestagswahlkampf 1980
 - Seniorenarbeit

7.11.1979

- Themen:
- Vorbereitung Bundestagswahlkampf 1980
 - Einsatz von audiovisuellen Elementen im Bundestagswahlkampf
 - Parteienfinanzierung, Etatfragen

5.12.1979

München

- Themen:
- Bericht von CSU-Generalsekretär Dr. Stoiber zur politischen Lage
 - Vorbereitung Bundestagswahlkampf 1980
 - Berichterstattung über das Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland
 - Berichterstattung über die Vorbereitungen der Landtagswahlkampf führenden Landesverbände Baden-Württemberg, Saarland und Nordrhein-Westfalen

30.1.1980

- Themen:
- Bericht von Generalsekretär Dr. Geißler zur politischen Lage
 - Vorbereitung Bundestagswahlkampf 1980

27.2.1980

- Thema:
- Vorbereitung Bundestagswahlkampf 1980

19.3.1980

Berlin

- Themen:
- Vorbereitung Bundestagswahlkampf 1980
 - Berichterstattung über das Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland
 - Vorbereitung 28. Bundesparteitag

Die Arbeit der Bundesfachausschüsse

1. Bundesfachausschuß Außenpolitik

Vorsitz: Dr. Werner Marx, MdB

Anzahl der Sitzungen: 5

Folgende Themen wurden behandelt:

- Sowjetische Vertragspolitik;
- Abrüstung und Rüstungskontrolle;
- SALT II;
- Direktwahl des Europäischen Parlaments;
- Politische Entwicklung im südlichen Afrika;
- UNCTAD V;
- Probleme der Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts in Europa;
- Die innere Entwicklung und die außenpolitische Bedeutung der VR China;
- Entwicklung in der Deutschlandpolitik und die deutschland-politische Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion;
- Diskussionsstand in der Menschenrechtsfrage innerhalb der Weltunion der Christlich Demokratischen Parteien;
- Bericht zur Arbeit des direkt gewählten Europäischen Parlaments;
- Die NATO-Beschlüsse zur Nachrüstung;
- Wahlkampfzubereitung

2. Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik

Vorsitz: Dr. Manfred Wörner, MdB

Anzahl der Sitzungen: 7

Veranstaltungen

Hearing zur sozialen Lage der Angehörigen der Bundeswehr(22. Juni 1979)

Sicherheitspolitischer Kongreß (11./12. Januar 1980)

Beschlüsse:

Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Lage der Angehörigen der Bundeswehr

Konzept zur Verbesserung der Unteroffiziersausbildung

Vorschläge zur Reservistenkonzeption

Folgende Themen wurden behandelt:

- Fragen der Abrüstung, insbesondere SALT, MBFR
- die Problematik des Nachrüstungsbeschlusses der NATO
- die Frage der Neuregelung des Kriegsdienstverweigerungsrechts
- der sicherheitspolitische Leitantrag zum SPD-Parteitag in Berlin
- die Fragen der Verbesserung des Zivilschutzes
- die soziale Lage der Angehörigen der Bundeswehr
- Fragen der Reservistenkonzeption
- Fragen der Unteroffiziersausbildung
- Sicherheitspolitische Argumentation im Bundestagswahlkampf

3. Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik

Vorsitz: Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer, MdB

Anzahl der Sitzungen: 7

Folgende Themen wurden behandelt:

- Multilaterale Institutionen im Bereich der Entwicklungshilfe
- Die entwicklungspolitischen Operationen von SPD und FDP im wissenschaftlichen Bereich
- Erarbeitung eines Nord-Süd-Papiers
- Erarbeitung von Stellungnahmen zur UNCTAD V
- Tätigkeit der Brandt-Kommission
- Vorschläge zur entwicklungspolitischen Basisarbeit

- Transportquoten-Regelungen und die Freiheit der Meere
Die Haltung der OPEC in Manila und die Konsequenzen der Preispolitik gegenüber den Entwicklungsländern
- Entwicklungspolitische Argumentation im Bundestagswahlkampf
- Stellungnahme zum Wahlkampfprogramm

4. Bundesfachausschuß Sozialpolitik

Vorsitz: Adolf Müller (Remscheid) MdB

Anzahl der Sitzungen: 3

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Einrichtung von 4 Arbeitsgruppen: Neue Soziale Frage, Beschäftigung, Familie, Rentenversicherungsreform mit dem Ziel der Erarbeitung eines Papiers, das sich mit sozialpolitischen Schwerpunkten für die Bundestagswahl 1980 beschäftigt
- Verabschiedung einer Empfehlung "Eckpunkte einer leistungsgerechten und verlässlichen Rentenpolitik"
- Verabschiedung einer Empfehlung der CDU zur Arbeitsmarktpolitik

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Erläuterung der Studie "Arbeitslos - Zur Lebenssituation Arbeitsloser und den Folgekosten der Arbeitslosigkeit", erarbeitet von der Gruppe Sozialpolitik der Bundesgeschäftsstelle der CDU
- Erläuterung der Analyse "Sozialpolitische Versprechen und Leistungsansprüche der SPD", erarbeitet von der Gruppe Sozialpolitik der Bundesgeschäftsstelle der CDU
- Novelle zum Krankenhausfinanzierungsgesetz
- Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes
- Neuregelung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung

Arbeitsgruppen

Neue Soziale Frage

Vorsitz: Albrecht Hasinger , MdB

Anzahl der Sitzungen: 2

Beschäftigung

Vorsitz: Adolf Müller (Remscheid) MdB

Anzahl der Sitzungen: 1

Familie

Vorsitz: Frau Roswitha Verhülsdonk, MdB

Anzahl der Sitzungen: 2

Rentenversicherungsreform

Vorsitz: Peter Seiler

Anzahl der Sitzungen: 2

5. Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik

Vorsitz: Staatssekretär Prof. Dr. med. Fritz Beske

Anzahl der Sitzungen: 4

Folgende Themen wurden behandelt:

- Änderung der Approbationsordnung
- Novelle zum Krankenhausfinanzierungsgesetz
- Probleme der psychiatrischen Versorgung
- Psychotherapeutengesetz
- Qualitätssicherung und -kontrolle in der Medizin

Arbeitsgruppe Psychotherapeuten

Vorsitz: Albrecht Hasinger, MdB

Anzahl der Sitzungen : 2

6. Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik

Vorsitz: Elmar Pieroth, MdB

Anzahl der Sitzungen: 7

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Verabschiedung des Wirtschaftspolitischen Programms "Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik"
- Mitarbeit am Umweltpolitischen Programm
- Mitarbeit am Technologiepolitischen Konzept
- Dokumentation zu wirtschaftspolitischen Beschlüssen des Berliner SPD-Parteitages

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Entwicklung einer Grundlinie in der Wettbewerbs- und Subventionspolitik
- Beratung einer Dekonzentrationsstrategie
- Beratung eines langfristigen Steuerkonzepts
- Stabilitätspolitische Probleme im Zusammenhang mit der Entwicklung auf dem Mineralölmarkt und der Situation der Tarifpartner
- Verbraucherpolitik
- Außenwirtschaftspolitische Aspekte unter Berücksichtigung des Nord-Süd-Dialogs

7. Bundesfachausschuß Strukturpolitik

Vorsitz: Dr. Dieter Schulte, MdB

Anzahl der Sitzungen: 3

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Thesen zur Wohnungsbaupolitik
- Leitsätze zur Wohnungsbaupolitik
- Technologiepolitisches Konzept

-Problem der Schülerbeförderung

-Verkehrsberuhigung in Städten

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

-Europäische Verkehrspolitik

Arbeitsgruppe Forschung, Technologie und Innovation

Vorsitz: Christian Lenzer, MdB

Anzahl der Sitzungen: 7

8. Bundesfachausschuß Agrarpolitik

Vorsitz: Dr. Burkhard Ritz, MdB

Anzahl der Sitzungen: 4

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

-Fortschreibung des CDU-Agrarprogramms "Agrarpolitik in einer freien Gesellschaft"

-Stellungnahme zur Neuordnung der Einkommensbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft

Ad-Hoc-Kommission

Vorsitz: Staatssekretär Hanns-Günter Hebbeln

4 Sitzungen

9. Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vorsitz: Heinz Schwarz, MdB

Anzahl der Sitzungen: 3

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

-Bürgerbeteiligung in der Gemeinde

-Gesetzeskosten

- Thesen zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes
- Maßnahmen zur Rauschgiftbekämpfung
- Öffentliches Dienstrecht
- Stellungnahme zur Ausländerpolitik
- Stellungnahme zur Kriminalstatistik 1978
- Stellungnahme zum Verfassungsschutzbericht 1978 der Bundesregierung

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Asylrecht
- Kombattantenstatus des Bundesgrenzschutzes
- Terrorismusbekämpfung
- Dateien beim Bundeskriminalamt

Der Bundesfachausschuß führte Gespräche mit

- der Bundesleitung des Bundes der technischen Beamten zum Thema "Entbürokratisierung der öffentlichen Verwaltung"
- dem Vorstand der Gewerkschaft der Polizei unter der Leitung von Dr. Alfred Dregger.

Arbeitsgruppen

- Innere Sicherheit

Vors. Dr. Karl-Heinz Schmitz, MdA

Anzahl der Sitzungen:

Arbeitsgruppe: 2

Polizeiarbeitskreis: 1 Seminar in Eichholz, 1 Seminar in Berlin

-Mitwirkung im kommunalen Bereich/Bürgerinitiativen

Vors.: Dr. Dieter Fuchs

Anzahl der Sitzungen: 3

-Rauschgiftbekämpfung

Vors.: Gerhard Kleineidam

Anzahl der Sitzungen: 4

-Datenschutz

Vors.: Dr. Paul Laufs, MdB

Anzahl der Sitzungen: 3

-Öffentliches Dienstrecht

Vors.: Klaus Vogelsang

Anzahl der Sitzungen: 3

-Beteiligung der Gemeinden an der Mehrwertsteuer

Vors.: Robert Wagner, MdL

Anzahl der Sitzungen: 3

10. Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)

Vorsitz: Friedrich Vogel, MdB

1 Mitgliederversammlung

Vorstand und Koordinierungsausschuß

Vorsitz: Friedrich Vogel, MdB

Anzahl der Sitzungen: 4

Folgender Beschluß wurde gefaßt:

-Karlsruher Erklärung zur Rechtspolitik

-Thesen der CDU zur Beschleunigung und Vereinheitlichung der Verfahren
in den öffentlich rechtlichen Gerichtsbarkeiten

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Staatshaftungsrecht
- Armenrecht/Rechtsberatung
- Jugendstrafvollzug
- Vorbereitung des Deutschen Juristentages
- Juristenausbildung
- Rauschgift im Strafvollzug

Der BACDJ stellte am 21. Februar 1980 in Karlsruhe die Karlsruher Erklärung zur Rechtspolitik der Union vor.

BACDJ-Informationsdienst: 4 Ausgaben

Fachkommissionen

-Vorbereitungsgruppe Rechtspolitisches Programm

Vorsitz: Minister Dr. Heinz Eyrich

Anzahl der Sitzungen: 6

-Beschleunigung und Vereinheitlichung der Rechtswege

Vorsitz: Dr. Heribert Bickel

Anzahl der Sitzungen: 3

-Kriminalpolitik

Vorsitz: Minister Prof. Dr. Schwind

Anzahl der Sitzungen: 1

-Arbeitskreis Sozial- und Wirtschaftsrecht

Vorsitz: Paul Müller

Anzahl der Sitzungen: 1

11. Bundesfachausschuß Jugendpolitik

Vorsitz: Hermann Kroll-Schlüter, MdB

Anzahl der Sitzungen: 4

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- a) der Novellierungsentwurf zum Wehrdienstgesetz soll in der Fassung des interfraktionellen Arbeitskreises Gesetz werden.
- b) In § 12 JHG (Entwurf B-W) soll analog zu § 25 (1) JWG bzw. § 114 JHG (Regierungsentwurf) der Bund als Träger oder Förderer von Jugendhilfe vorgesehen sein.
- c) Der vorliegende Entwurf JHG mit den Alternativen der Fraktion möge noch in der laufenden Legislaturperiode von Bundestag und Bundesrat als Gesetz verabschiedet werden.

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

Entwicklungsdienst

Fall Nico Hübner

Familienbericht

Familiengeld

Internationales Jahr des Kindes

Jugendbericht

Jugendbildungsgesetz

Jugendhilfegesetz

Jugendschutz

Jugendsekten

Jungwähler

Kernenergie

Recht der elterlichen Sorge

Terrorismus

Wehrdienst

Zukunftschancen der jungen Generation

Der Bundesfachausschuß führte Gespräche mit:

- dem Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands,
- dem Ausschuß Jugendpolitik des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend
- dem Bundesvorstand der Deutschen Angestellten Jugend

12. Bundesfachausschuß Kulturpolitik

Vorsitz: Kultusminister a.D. Werner Scherer, MdL

Anzahl der Sitzungen: 8

Davon waren 2 Klausurtagungen über jeweils zwei Tage.

Folgender Beschluß wurde gefaßt:

- "Schulpolitische Leitsätze der CDU" (in Vollzug eines Auftrages des Ludwigshafener Parteitag)

Folgende Themen wurden behandelt:

- Ausbildungsförderung
- Berufliche Bildung
 - Berufliche Erwachsenenbildung
 - Berufsgrundbildungsjahr
 - Lehrstellensituation
- Bildungsgesamtplan
- Forschungspolitik
- Hochschulpolitik
 - Arbeitsrecht für Akademiker
 - Graduiertenförderung
 - Hochschulrahmengesetz
 - Hochschulforschung
 - Studienplatzsituation
 - Studienreform
 - Studentenratswahlen
 - Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses

- Schulpolitik
- Berufsgrundbildungsjahr
- Gesamtschule
- gegliedertes Schulwesen (Weiterentwicklung)
- Hauptschule
- quantitative Aspekte (wohnnortnahe Schule)
- Situation der Ausländerkinder

Der Bundesfachausschuß führte Gespräche mit

- der Westdeutschen Rektorenkonferenz,
- dem Bundeselternrat
- dem Deutschen Elternverein.

Der Hochschulpolitische Beirat des Bundesfachausschusses (unter Leitung von Anton Pfeifer MdB) tagte dreimal, um "Hochschulpolitische Leitsätze" zu erarbeiten. Der Schwerpunkt dieser Leitsätze wird auf der Sicherung der Forschung im Hochschulbereich liegen.

13. Bundesfachausschuß Sport

Vorsitz: Dr. Wolfgang Schäuble, MdB

Anzahl der Sitzungen: 4

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Grundsatzaussagen zum Hochschulsport
- Sport für Behinderte
- Internationale Sportbeziehungen

Folgende Themen wurden behandelt:

- Schulsportprogramm
- Hochschulsportprogramm
- Sport für Behinderte

- Fortschreibung des Sportprogramms der CDU
- Probleme der internationalen Sportpolitik
- Aktuelle Probleme der Ländersportministerkonferenz
 (Steuerbeschluß für
 Gemeinnützigkeit für Schach- und Modellfliegen
 steuerfreie Aufwandsentschädigung für Übungsleiter
 Spendenkompetenz für Sportvereine)
- Sportbericht der Bundesregierung
- Sportförderungsgesetze der Länder
- Olympiade 1980

Der Bundesfachausschuß führte Gespräche mit Sportverbänden zu den Themen:

- Internationale Sportprobleme
- Sportveranstaltungen in Berlin
- Universiade

Der Bundesfachausschuß führte weiter durch:

- Hearing "Kinder im Hochleistungssport"
- Sportkongreß
- Internationale Fachtagung in Zusammenarbeit von CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Konrad-Adenauer-Stiftung

Arbeitsgruppen

-Hochschulsport

Vorsitz: Monika Stützle

Anzahl der Sitzungen: 1

-Schulsport

Vorsitz: Hermann Bringmann

Anzahl der Sitzungen: 2

-Leistungssport:

Vorsitz: Michael Sauer

Anzahl der Sitzungen: 3

14. Koordinierungsausschuss für Medienpolitik der CDU/CSU

Vorsitz: Dr. Christian Schwarz-Schilling, MdB

Anzahl der Sitzungen: 6

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

-Thesen zur innerbetrieblichen Information

-Memorandum zur Lage der Fachpresse

-Positionen der CDU/CSU zum Arbeitskampf im Rundfunk

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

-Kündigung des NDR-Staatsvertrages

-Situation der geplanten Kabelpilotprojekte

-Novellierung des Radio-Bremen-Gesetzes

Fachkommissionen

-Presse

Vorsitz: Prof. Dr. Reinhart Ricker

Anzahl der Sitzungen: 7

-Fachpresse

Vorsitz: Dieter Weirich, MdL

Anzahl der Sitzungen: 3

-Programmstruktur

Vorsitz: Claus Detjen

Anzahl der Sitzungen: 4

-Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatrechtlichem
Rundfunk/Neudefinition des Rundfunkbegriffs

Vorsitz: Prof. Dr. Hans H. Klein, MdB

Anzahl der Sitzungen: 1

Medienpolitische Veranstaltungen

-Klausurtagung mit Sachverständigen vom Hörfunk und Fernsehen in
Frankfurt

Thema: Medienpolitik der CDU

-Klausurtagung "Medienpolitischer Beirat" in Bonn

-Film-Gespräch 1980 der CDU/CSU in München

-Gespräch mit dem Deutschen Journalistenverband e.V. in Bonn

-Gespräch des Parteivorsitzenden Dr. Kohl und der Generalsekretäre
von CDU und CSU, Dr. Geißler und Dr. Stoiber mit Gremienmitglieder
der Rundfunkanstalten über die medienpolitische Lage

15. Bundesfachausschuß Energie und Umwelt

Vorsitz: Dr. Heinz Riesenhuber, MdB

Anzahl der Sitzungen:

Folgender Beschluß wurde gefaßt:

-Umweltpolitisches Programm

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

-Beratungen über die Entscheidung der Bundesregierung und des
Landes Niedersachsen zur Wiederaufbereitungsanlage Gorleben

-Strategien zur weiteren Steigerung der Reaktorsicherheit

-Fragen im Zusammenhang mit dem Hochtemperaturreaktor

-Kohleveredlung in Weiterführung der Beratungen des Bundesfachauss-
schusses in der Kernforschungsanlage Jülich

-Mitarbeit in der EVP-Arbeitsgruppe Reaktorsicherheit

-Mitvorbereitung des Energiepapiers der EDU

Wahlreisen und Veranstaltungen des Bundesvorsitzenden Dr. Kohl

Im Berichtszeitraum vom 27.-28. Bundesparteitag wurden für den Bundesvorsitzenden Dr. Kohl 75 Veranstaltungen vorbereitet und durchgeführt.

Davon fielen in den Europawahlkampf 50 Veranstaltungen und in den Landtagswahlkampf Baden-Württemberg 25 Veranstaltungen.

Im Europawahlkampf wurden 4 internationale Termine mit dem Bundesvorsitzenden durchgeführt.

Darüber hinaus fanden 10 Pressefahrten und 5 Redaktionsbesuche sowie mehrere Pressekonferenzen statt.

In den Landtagswahlkämpfen Saarland und Nordrhein-Westfalen wurden für den Bundesvorsitzenden 34 Veranstaltungen, 6 Redaktionsbesuche und 4 Pressefahrten vorbereitet und durchgeführt.

Alle Veranstaltungen wurden mit den Kreisverbänden jeweils an Ort und Stelle vorbereitet.

Rednereinsatz im Rahmen von Wahlkämpfen

- Europa-Wahlkampf 1979

In der Zeit vom 2.4. - 8.6.1979 fanden an 42 Tagen Wahlkampfveranstaltungen statt, die der zentralen Überwachung unterlagen.

Von 64 Bundesrednern wurden dabei insgesamt ca. 400 Veranstaltungen verschiedenster Art durchgeführt.

- Landtagswahlkampf Baden-Württemberg (16.3.1980)

Mit Jahresbeginn 1980 wurden im Rahmen der Landtagswahl Baden-Württemberg 78 Bundesredner an 44 Tagen zentral vermittelt mit ca. 400 Veranstaltungen. Dabei wurden erstmals auch verstärkt Politiker der CSU (Landesvorstand, Minister und Staatssekretäre sowie Bundestagsabgeordnete) eingesetzt. 42 Redner nahmen 156 Einsatztermine wahr.

- Landtagswahlkampf Saar (27.4.1980)

Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung war der Einsatz von 28 Rednern mit ca. 90 Veranstaltungen an 24 Tagen vorgesehen. Davon entfielen 9 Redner mit 33 Veranstaltungen auf die CSU (einschl. Dr. Strauß)

- Landtagswahlkampf Nordrhein-Westfalen (11.5.1980)

Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung wurde der Einsatz von 52 Bundesrednern an 37 Tagen mit ca. 250 Veranstaltungen vorbereitet. Auf die CSU entfielen davon 27 Redner mit ca. 100 Veranstaltungen (einschl. Dr. Strauß).

- Außerparteiliche Veranstaltungen

Im Kalenderjahr 1979 erhielten wir ca. 90 Einladungen aus dem Verbandsbereich. Für den Zeitraum 1.1. - 31.5.1980 lagen ca. 50 Einladungen vor. In fast allen Fällen konnte eine angemessene Vertretung der Partei sichergestellt werden.

Bundesparteigericht

Das Bundesparteigericht trat am 17. Mai , 20. September und 18. Dezember 1979 sowie am 26. Februar 1980 zur Beratung und Entscheidung zahlreicher Parteigerichtssachen zusammen; seit dem Inkrafttreten der Parteigerichtsordnung (PGO) der CDU am 1. Januar 1972 sind beim Bundesparteigericht 40 Parteigerichtssachen anhängig geworden, von denen bisher 35 abgeschlossen werden konnten.

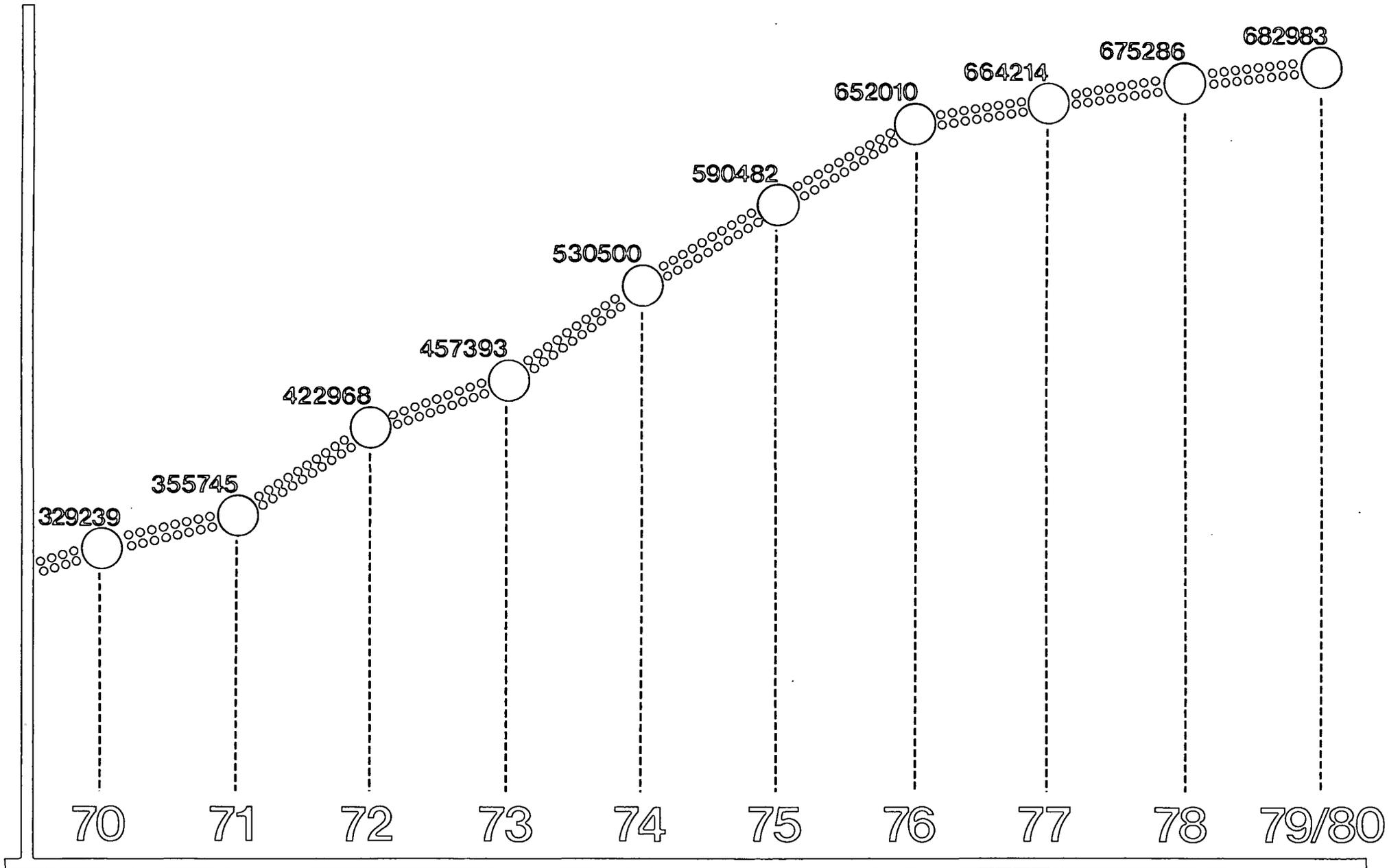
Am 4. März 1980 sind in Bonn die Mitglieder des Bundesparteigerichts und Vertreter der CDU-Landesparteigerichte zusammengekommen, um unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen einen Novellierungs-Vorschlag zur PGO zu beraten, bisher aufgetretene Zweifelsfragen zu klären und um eine engere Zusammenarbeit für die Zukunft zu vereinbaren. Diese Zusammenkunft war vom Bundesparteigericht am 18. Dezember 1979 und 26. Februar 1980 vorbereitet worden; alle erforderlichen Arbeitsunterlagen hatte eine besondere Arbeits-

gruppe des Bundesparteigerichts erstellt, die am 19. Juli, 28. August und 2. Oktober 1979 in Bonn zusammengetreten war. Die vorgenannten Beratungen ergaben übereinstimmend, daß sich die Parteigerichtsordnung der CDU vom 5. Oktober 1971 in der praktischen Arbeit sehr bewährt habe, jedoch zur Klärung inzwischen aufgetretener Zweifelsfragen sowie zur Verbesserung und Vereinfachung der Parteigerichts-Tätigkeit einige Änderungen erforderlich seien. Diese Änderungen sollen möglichst bereits vom 28. CDU-Bundesparteitag Berlin 1980 beschlossen werden.

Besucherbetreuung und Protokoll

Im Berichtszeitraum wurden 792 Gruppen mit 34.368 Teilnehmern vom Referat Besucher /Protokoll betreut. Seit Bestehen dieses Referates und der regelmäßigen Besucherbetreuung haben in den vergangenen 6 Jahren 3.108 Gruppen mit 130.049 Besuchern einen Überblick über die Arbeit der Bundespartei und der Bundesgeschäftsstelle erhalten.

Mitgliederstand seit 1970



Bundesgeschäftsstelle der CDU

Konrad-Adenauer-Haus, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn
Tel. 0228/5441; FS: bg cdud bonn 886 804

544 - (Hausanschluß)

<u>Parteivorsitzender:</u>	Dr. Helmut Kohl	222
Büro des Parteivorsitzenden:		
	Weiler	227
	Dr. Bergsdorf	224
	Roik	385
<u>Generalsekretär:</u>	Dr. Heiner Geißler	445
Büro des Generalsekretärs:		
	Stahl	537
	Göbel	447
<u>Bundesgeschäftsführer:</u>	Ulf Fink	334
Büro des Bundesgeschäftsführers:		
	Toplak	336
<u>Sprecher der CDU und Pressestelle:</u>	Henrich	522
Stellvertr. Pressesprecher	Müllerleile	512
DUD:		
	Kreye	505
	Mauer	494
<u>Büro für auswärtige Beziehungen:</u>	Dr. Wegener	390
	v. Erffa	348
<u>Deutsches Monatsblatt und Medien:</u>	Kloss	415
Abteilung Medienpolitik:	Poch	486
	Dr. Wellert	491
Deutsches Monatsblatt:	Grützner	513

<u>Planungsgruppe:</u>	Dettling	357
	Teuchler	209
<u>Justitiar:</u>	Scheib	547
<u>Hauptabteilung I:</u>	Dr. May	516
Abteilung Personal:	Dr. May	516
Personalverwaltung:	Nelles	518
Aus- und Weiterbildung:	Dr. May	516
Abteilung Organisation:	Schumacher	526
Veranstaltungen:	Motek	256
	Boost	331
	Wehnes	373
	Wilczek	269
Parteiorganisation:	Hoffmann	533
	Sautter	440
Protokoll, Besucher:	Ziegler	435
Redner- und Referentenvermittlung	Lünstroth	539
Technische Dienste, Ton, Bild, Druck	Olbertz	266
EDV/Zentrale		
Mitgliederkartei	Ebert	242
Abteilung Verwaltung:	Nathan	405
Haushalt, Kasse, Buchhaltung, Rechenschaftsberichte	Unterstein	409
Post, Inventar, Materialverwaltung, Fahrbereitschaft, Fernsprech- u. schreibdienste	Urban	311
Geschäftsführung Versorgungswerk	Nathan	405

Abteilung Organisatorische Sonderaufgaben:	Rummler	433
Betreuung, Kontakte, öffent- licher Dienst	Woelke	436
Reiseorganisation PV	Rumi	437
Personalinformation	Woelke	436
<u>Hauptabteilung II:</u>	Dr. Ade	448
Abteilung Innenpolitik:	Hammer	346
Innenpolitik	Zander	545
Rechtspolitik	Zander	545
Sport, Kommunalpolitik	Schönau	452
Bildungs- und Jugendpolitik:	Kollenberg	423
Jugendpolitik	Lueg	430
Abteilung Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik:	Dr. Andersen	442
Finanzpolitik	Ladener-Malcher	453
Konjunkturpolitik	Ladener-Malcher	453
Energie- u. Strukturpolitik	Dr. Andersen	442
Agrarpolitik	Stroick	428
Frauenpolitik	Klug	315
Frauen- u. Familienpolitik	Schlüter	316
Abteilung Analysen und Sozial- politik:	Wagner	422
Sozialpolitik	Siebler	419
Gesundheitspolitik	Lübbert	455
Meinungs- und Wahlforschung	Ockenfels	543
Abteilung Verbände, Kulturelle Beziehungen	Hieronymi	347
Gewerkschaften	Keil	417
Parteien	Kühr	319
Kunst und Kultur	Elfgen	338

Abteilung Außen- und Deutsch- landpolitik	Dr. Wegener	390
Außen- und Europapolitik	Nowacki	454
Entwicklungshilfe		
Sicherheitspolitik, Deutsch- landpolitik	Dr. Vogt	411
<u>Hauptabteilung III:</u>	Radunski	488
Abteilung Wahlkampf	Kierey	253
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit	König	469
Aktionen	Esser	458
Aktionen, Mitgliederwerbung	Hartwig	288
Grafik, Foto	Imming	211
Werbetechnik	Haus	383
Produktion	Laufenberg	262
Versand Informations- und Werbematerial	Heuel	466
Versandaktionen	Gottaut	379
Einzelversand	Linden	477
Abteilung Information, Doku- mentation	Winkler	341
Dokumentation, Archiv	Dr. Schlüter	324
Archiv	Schwarz	368
Lektorat	Dahms	329
Aktuelle Information	Neuper	340
Union in Deutschland	Winkler	341
UiD-Redaktion	Streubel	350
	v. Wersebe	355
<u>Bundesschatzmeister</u>	Walther Leisler Kiep	213
Generalbevollmächtigter	Dr. Lüthje	213
Bevollmächtigter	Dr. Luetjohann	237



